Dienstag, 8. August 1922. Einzelnummer 30 Mark. 61. Jahrgang. Nr. 176.



Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 400.—
in den Ausgabestellen 425.—
durch Zeitungsboten 450.—
am Postamt . . . . 440.—
ins Ausland 50 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4246, 2273, 3110. 3249.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis: f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 80.—M. Reklameteil 240.—M.
Für Aufträge aus Deutschland . 6.00 M. im Reklameteil 18.—M. in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Posen.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Deutsche Wahlpolitik und Gerüchte.

Die Sejmwahlen rücken näher. Vielleicht stehen sie schon vor der Tür. Dieser Herbst muß sie bringen.

Dieses Ereignis heißt für uns Deutsche: bereit sein zum Wahlkampf. Leider lassen die deutschen Volksgenossen es daran vielfach fehlen. Sie lassen sich überall einschüchtern. Unter ihnen schleicht wie eine verheerende Krankheit das Gerücht: wir Deutschen dürften keine Politik treiben. Wo dies Gerücht herkommt, weiß kein Mensch; aber es ist da und wirkt. Und vor dem Worte „Politik" haben jetzt die herzhaftesten Männer Angst. Sie möchten sich klein und unsichtbar machen, wenn davon gesprochen wird, und in das berühmte Mauseloch kriechen.

Was sollen dann erst die Frauen tun, die doch auch alle zur Wahlurne müssen. Müssen, denn keine darf an dem Tage zurückbleiben, wenn es für uns um unser Schicksal geht.

Und am Wahltage geht es um unser Sein oder Nichtsein als völkische Minderheit.

Ob wir Deutschen Politik treiben dürfen?

Diese Frage aufzuwerfen zeugt von gänzlicher Verkennung unserer lebenserhaltenden Notwendigkeiten. Wir Deutschen müssen Politik treiben, wollen wir als Volksgemeinschaft am Leben bleiben und unser Dasein wahren.

Die neue Sejmwahlordnung will die nationalen Minderheiten Polens nach Möglichkeit bei den Wahlergebnissen beschneiden. Nur ein geschlossenes Zusammengehen der Minderheiten kann deshalb den Erfolg sichern. Das notwendige Zusammengehen-Müssen ist für uns der erste Erfolg der gegnerischen Wahlpolitik.

Deshalb müssen wir unter dem Gesichtspunkt des Zusammengehens aller nationalen Minderheiten in Polen unsere Politik weiter betreiben.

Und wir dürfen nicht nur Politik treiben, sondern wir sind dazu berechtigt.

Moralisch um unseres Daseins willen. Rechtlich auf Grund der Verfassung und des Minderheitsschutzvertrages.

Das klingt ganz schön, wird mancher Volksgenosse sagen, der draußen einsam und allein sitzt.

Allein im Reiche und unter der Gewalt irgend eines Komisarz obwodowy oder Starosten. Ja, leider regieren manche Beamten noch sehr selbstherrlich und wollen die elementarsten Grundsätze sich nicht aneignen: nämlich, daß vor dem Gesetz alle Bürger gleich und die Beamten um der Staatsbürger willen da sind. Nicht umgekehrt.

Die rühmlichen Ausnahmen wirken um so erfreulicher. —

Ja, leider ist es so! Aber leider gibt es ebensoviel deutsche Volksgenossen, die nicht auf ihr Recht pochen, sondern um ihr Recht bitten. Das ist widersinnig!

Um ein Recht haben wir nicht zu bitten. Das steht uns zu, weil es eben ein Recht ist. Dafür habe ich auch meine Pflichten gegen den Staat.

Es ist noch keinem gesagt worden, du brauchst keine Steuer zu zahlen, weil du Deutscher bist. Auch ist noch keinem gesagt worden, du brauchst nicht Soldat zu werden (wenn er im entsprechenden Alter steht), weil du Deutscher bist!

Wir Deutschen müssen Steuern zahlen, wir Deutschen müssen Heeresdienst leisten genau wie unsere polnischen Landsleute! Und da sollten wir keine Politik treiben dürfen?

Das schleichende Gerücht, das Gift muß vernichtet werden. überall und bei jeder Gelegenheit. Wenn es bei der kommenden Wahl um unser völkisches Sein oder Nichtsein geht, dann darf kein Deutscher seine Stimme abgeben mit dem Gedanken, was wird mein Nachbar, mein polnischer Landsmann dazu sagen, sondern nur aus dem Bewußtsein heraus: Zu wählen, Wahlpolitik zu treiben, — das ist meine deutsche Pflicht und mein Staatsbürgerrecht, mein verbrieftes, geschriebenes, durch Verträge geheiligtes Recht.

Und als Kulturstaat in westeuropäischem Sinne, der Zivilisation und Recht schützen will, muß es in der freien Republik Polen vollste Freiheit bei der Ausübung der Wahlpolitik geben im Sinne der Verordnung des Ministers an die Wojewoden. Volle Freiheit auch für uns Deutsche. Um dieser Freiheit, dieses Rechts willen müssen wir Politik treiben.

Sejm.

Sitzung vom 5. August.

Warschau, 7. August.

Die Sonnabendsitzung des Sejm war die letzte. Der Sejm ist in die Ferien gegangen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird er in der zweiten Hälfte des September noch einmal einberufen werden, um dann dem neuen Sejm Platz zu machen,

In der Sonnabendsitzung wurde zunächst die von der Posener Staatsanwaltschaft geforderte Herausgabe der Abgg. Nader und Herz von der Nationalen Arbeiterpartei erörtert. Der Abg. Nader wird angeklagt, auf einer Versammlung in Posen, die im vorigen Jahre stattfand, höhere Offiziere öffentlich beleidigt zu haben. Was den Abg. Herz betrifft, so handelt es sich um einen Artikel in der „Prawda". Gegen den Antrag bezüglich des Abg. Nader sprach der Abg. Lisewski, der die nochmalige Verweisung an den Ausschuß forderte. Die Abstimmung wurde in beiden Fällen vertagt, da der Abg. Niedziałkowski die Feststellung der Beschlußfähigkeit forderte und es sich zeigte, daß eine solche nicht vorhanden war.

In dritter Lesung wurde dann die Novelle zum Gesetz über die Bekämpfung des Wuchers angenommen.

Dann wurde gleichfalls in dritter Lesung das Gesetz über die Einberufung von Wahlversammlungen angenommen.

Im Namen des Finanz-Haushaltsausschusses gab dann der Abg. Godek einen Bericht über das Gesetz betreffs Erhöhung der Zulagen für die zivilen Staatsfunktionäre nach den Dienstjahren. Die Zulagen für Studien und die Zulagen nach den Dienstjahren sollten eine besondere Aufbesserung sein, haben jedoch ihre Bedeutung verloren, da man sie noch dem Grundgehalt berechnete. Deshalb hatte der Sejm schon ein Gesetz angenommen, das dahin lautet, daß die Zulagen für Studien nach dem Multiplikator berechnet werden sollen. Die Regierung hat nun eine ähnliche Novelle für die Zulagen nach den Dienstjahren eingebracht. Gegenwärtig hat der Ausschuß den Regierungsentwurf auf die Weise abgeändert, daß die Zulage nach dem ganzen und nicht nach der Hälfte des jeweiligen Multiplikators berechnet wird, und daß das Gesetz schon vom 1. Oktober d. Js. und nicht erst vom Januar des Jahres 1923 in Kraft treten soll. Das Gesetz wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Abg. Meißner gab dann im Namen des Heeresausschusses einen Bericht über den Regierungsentwurf betreffs Versorgung der pensionierten Militärpersonen, der Militärwitwen und -waisen. Der Ausschuß hat den Regierungsentwurf etwas abgeändert. Die größten Schwierigkeiten bereitete Art. 9, der die Grundlage für die Ausmessung der Pension festlegt. Der Ausschuß hat beschlossen, daß alle zustehenden Gelder, auch das Äquivalent für Leistungen in natura, die im aktiven Dienst jedes Mal von dem zuletzt besessenen Dienstgrad abhängig sind und zum Grundgehalt gehören, als Grundlage für die Ausmessung dienen sollen. Dagegen fallen alle Funktions-, Feldzulagen usw. weg. Die Versorgung der Witwen und Waisen basiert auf dem Pensionsgesetz für Zivilpersonen, so daß sie 50 Prozent der Gehaltsbezüge eines aktiven Offiziers erhalten, falls ihr Mann infolge von Kriegsunternehmungen verstorben ist, und 50 Prozent seines eventuellen Pensionsbezugs, falls er aus anderen Gründen verstorben ist. Das Gesetz umfaßt übrigens außer den Offizieren auch die Berufssoldaten. Die ersten können ohne Rücksicht auf ihren Gesundheitszustand nach 30 Dienstjahren, die anderen nach 20 Dienstjahren pensioniert werden.

Abg. Miedzieński referierte dann über die Herausgabe des Abg. Dąbal, die vom Staatsanwalt in Posen gefordert wird. In den zwei inkriminierten Fällen handelt es sich um Versammlungen, die im Vorjahre stattgefunden haben. Die Kommission beantragt in beiden Fällen die Herausgabe des Abg. Dąbal. Abg. Miedzieński beantragt nochmalige Überweisung an den Ausschuß. Die Herausgabe des Abg. Dąbal wird beschlossen.

Abg. Potoczek beantragt, unverzüglich die Novelle zum Krankenkassengesetz zu erörtern. Der Antrag wird angenommen.

Abg. Niedziałkowski fordert angesichts der wichtigen Angelegenheiten, die Beschränkung der Sprechzeit aufzuheben. Der Antrag wird abgelehnt. Es entsteht ein Tumult, in dessen Verlauf der Marschall den Abg. Lieberman für eine Sitzung ausschließt. Als der Lärm nicht aufhört, unterbricht der Marschall die Sitzung auf zehn Minuten. Im Nebenzimmer konferieren darauf die Führer der Arbeiterparteien mit dem Marschall. Ergebnis der Konferenz ist die Verlängerung der Pause bis 3 Uhr.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen referiert Abg. Zaleski über das Gesetz betreffs des Schutzes der kleinen Pächter in den Ostmarken. Das Gesetz schützt diese Personen davor, das sie von ihrem Grund und Boden und aus ihren Wohnungen entfernt werden. Der Ausschuß bringt eine Resolution ein, welche die Regierung auffordert, ein Gesetz vorzulegen, das die Beziehungen zwischen den Pächtern, die ihren Grund und Boden während des Krieges verlassen haben und bei der Rückkehr auf ihrem Besitz andere Pächter antrafen, und den jetzigen Pächtern regelt. Die zweite Resolution betrifft die Gerichtsurteile über Exmissionen. Außerdem ist eine Entschließung eingebracht, welche die Regierung auffordert, noch in diesem Jahre den Grund und Boden, der den Landämtern in den Grenzmarken zur Verfügung steht, aufzuteilen. Es sprechen die Abgg. Chomiński, Staniszkis und Poniatowski. Der Verbesserungsantrag des Abg. Chomiński zu Art. 1 des ersten Gesetzes betreffs Nichteinbeziehung der Weideplätze und der Verbesserungsantrag des Abg. Poniatowski zu demselben Gesetz, der festsetzt, daß der Pächter, wenn er im Laufe der Verhandlung im Gericht die Pachtsumme zahl, nicht exmittiert wird, werden in der Abstimmung angenommen. Der Verbesserungsantrag des Abg. Staniszkis wird abgelehnt. Die dritte Lesung kann infolge Protestes von der Rechten nicht stattfinden. Zum zweiten Gesetz werden zwei Verbesserungsanträge angenommen, von denen der eine den zu Zwecken der Agrarreform übernommenen Grund und Boden von den Vorschriften des Gesetzes ausnimmt. Das Gesetz wird in zweiter Lesung angenommen. Die dritte Lesung kann ebenfalls wegen des Protestes der Rechten nicht stattfinden. Die Resolution über die Aufteilung von Ländereien, die den Landämtern in den Grenzbezirken zur Verfügung stehen, unter die Dienstleute der Güter und die Kriegsteilnehmer, wird angenommen.

Dann referiert Abg. Brzostowski im Namen des Landwirtschaftsausschusses über einen Antrag betreffs der Militäransiedlung in den Ostgebieten. Es sprechen die Abgg. Poniatowski und Szadurski. Es soll dann zur Abstimmung geschritten werden, aber der Abg. Tomczak bezweifelt die Beschlußfähigkeit. Die Zählung ergibt, daß im Saale nur 64 Abgeordnete anwesend sind. Angesichts dessen erklärt der Vorsitzende, Abg. Maj, daß die Sitzung aufgehoben ist und die Abgeordneten von der nächsten Sitzung schriftlich in Kenntnis gesetzt werden sollen.

Strafantrag des Abg. Spickermann gegen eine polnische Zeitung.

Der deutsche Sejmabgeordnete, Herr Josef Spickermann, hat gegen den Schriftleiter der Lodzer polnischen Zeitung „Rozwój", Seweryn Bankowski, bei der Strafkammer des Lodzer Bezirksgerichts Anklage erhoben. In der Klageschrift heißt es wörtlich:

„Wegen Beschimpfung und Verleumdung der deutschen Minderheit, dessen rechtlicher Vertreter am Orte ich bin, ersuche ich das hohe Gericht, den Redakteur der Lodzer Zeitung „Rozwój", Seweryn Bankowski, zur Verantwortung zu ziehen und ihn zu bestrafen. Seweryn Bankowski, wohnhaft in Lodz, Aleje Kosciuszki Nr. 41, hat in Nr. 204 seiner Zeitung vom 28. Juli d. Js. einen Aufsatz unter dem Titel „Tchórze" (Feiglinge) veröffentlicht, in dem u. a. die verleumderische Behauptung gegen mich und meine übrigen Mitbürger deutscher Nationalität erhoben wird, daß der sich aus uns zusammensetzende Teil der Gesellschaft unseres Vaterlandes der „notorische Feind Polens und seiner Staatlichkeit" ist.

Das „Corpus delicti" lege ich bei und bitte um schleunige Einleitung des Verfahrens."

Neue Beunruhigungen.

Die Auslassungen, welche in dem Antwortschreiben enthalten sind, das die polnische Staatsregierung seinerzeit an den Rat des Völkerbundes gerichtet hat, haben begreiflicherweise bei vielen Evangelischen neue Befürchtungen hervorgerufen. Man verstand es nicht, was es besagen sollte, daß die polnische Staatsregierung verlassene Friedhöfe und anderes Gemeindeeigentum unter ihre unmittelbare Verwaltung genommen habe. Sollte es denn wahr sein, daß evangelische Kirchengemeinden aufgehört haben zu bestehen? Das ist bisher unseres Wissens nicht der Fall. Sämtliche Kirchengemeinden haben sich erhalten. Dann aber entsteht die Frage, wozu denn eine amtliche Erklärung gegenüber einer so wichtigen Stelle wie dem Völkerbund, daß die Regierung in Ausnahmefällen evangelisches Eigentum an sich nimmt? Weiter, welche Bewandtnis hat es mit den Umtrieben des Diakonissenhauses? Umtriebe, welche die öffentliche Sicherheit gefährden sollen und welche die Regierung zu strengen Maßnahmen nötigt? Diese Umtriebe müßten in den seit jenem Antwortschreiben verflossenen ¾ Jahren doch wohl schon zur Untersuchung und Anklageerhebung geführt haben! In der Stadt Posen weiß man, daß das Diakonissenhaus seinerzeit in opferwilliger Weise die gesamten Pockenkranken aufgenommen und dadurch geholfen hat, der Verbreitung einer Krankheit vorzubeugen, welche die Bevölkerung damals lebhaft beunruhigte. Sollte die Zeit noch nicht vorüber sein, daß eine evangelische Anstalt, vielleicht die wichtigste Anstalt der Inneren Mission, besondere Maßregeln zu befürchten hätte?

Wenn man es auch gewohnt war, in den Blättern der Klerikalen Angriffe gegen die evangelische Kirche zu lesen, — von seiten der Staatsregierung hat gewiß niemand erwartet, daß sie ähnliche Auslassungen von sich gäbe. Wenn klerikale Blätter sich über „unverhohlen feindliche Gesinnung" innerhalb der evangelischen Kirche erregen, so wundert sich niemand darüber. Seit dem Antrag Lutosławski weiß man, was von dieser Seite zu erwarten ist. Anders bei der Regierung. Man kann sich leider nicht der Befürchtung entschlagen, daß der Verfasser des Antwortschreibens an den Rat des Völkerbundes nicht gut beraten war. Er behauptet, daß es im vormals preußischen Teile Polens eine große (?) Anzahl protestantischer Polen gäbe, welche die alte Regierung zu germanisieren dachte, indem sie sich religiöser Einflüsse bediente. Wirklich? Der „Dziennik Kujawski" vom 20. Juni 1922 (Nr. 138), über dessen Meinung gegenüber der unierten Kirche wir uns keinem Zweifel hingeben, ist ganz anderer Meinung. Er schreibt: „Innerhalb der Kirche in dem abgetretenen mittelschlesischen Gebiete wurde die polnische Sprache ununterbrochen während der ganzen Zeit der deutschen Herrschaft bewahrt, das heißt seit mehreren Jahrhunderten, und nicht einmal zur Zeit der höchsten Zügellosigkeit des Hakatismus hat sie sich verdrängen lassen." Eine sehr richtige Beobachtung, die übrigens nicht nur der „Dziennik Kujawski" gemacht hat. Eine ähnliche Bemerkung findet man in der „Gazeta Gdańska" vom 14. Juni 1922 (Nr. 134), und damit nicht genug, hat der polnische evangelische Verein für den Kreis Adelnau am 30. Juni 1922 an das Pfarramt in Suschen ein Schreiben gerichtet, in welchem er es als ein unvergängliches Verdienst der geistlichen Behörden der evangelischen Kirche bezeichnet, daß sie es nicht zugelassen haben, daß die Gewissen der polnischen Evangelischen vergewaltigt wurden. Eine solche Vergewaltigung wäre es gewesen, wenn ein Zwang stattgefunden hätte, den religiösen Kultus in einer den Gläubigen unverständlichen Sprache auszuüben. Das Gleiche erklärt dieser polnische Evangelische Verein in einem im „Kurjer Poznański" vom 2. August 1922 veröffentlichten — dem Adressaten übrigens nicht zugesandten „Offenen Briefe" an das „deutsche" Evangelische Konsistorium in Posen. Er dankt noch ausdrücklich den evangelischen Geistlichen, daß sie, obwohl sämtlich deutscher Nationalität, dennoch den polnisch sprechenden Evangelischen stets in polnischer Sprache religiös gedient haben. Es geschehen doch merkwürdige Dinge!

Während die polnische Staatsregierung dem Völkerbunde berichtet, daß die evangelische Kirche die evangelischen Polen germanisiert habe, sprechen die aus Galizien und Kongreßpolen zugewanderten evangelischen Polen, welche sämtlich nationalpolnisch gesinnt sind, eben dieser Kirche ihre Anerkennung aus, daß sie die evangelischen Polen vor der Germanisierung geschützt hätte. Nun muß man allerdings nicht glauben, daß diese Anerkennung der evangelischen Kirchenleitung aus wirklich gutem Willen der Schreiber zuteil geworden wäre. Nein, die Sache liegt ganz anders. Für die drei Sprecher bildet die erfreuliche Anerkennung nur die Grundlage, um der gegenwärtigen Kirchenleitung die schwersten Vorwürfe zu machen: früher habe sie nicht germanisiert, jetzt tue sie es. Die als Beweis dafür angeführten Tatsachen bedürfen keiner Widerlegung, sie sind falsch oder zum mindesten entstellt. Selbst dem fernstehenden Beobachter wird es sinnlos erscheinen anzunehmen, daß dieselbe Kirchenbehörde, welche zur Zeit des „Hakatismus" die polnische gottesdienstliche Sprache der Evangelischen gepflegt hat, jetzt unter polnischer Herrschaft ihre Gesinnung plötzlich sollte so geändert haben, daß sie den gottesdienstlichen Gebrauch der polnischen Sprache

beeinträchtige. Nationale Kämpfe hat es deshalb in der evangelischen Kirche Polens nie gegeben, es wird jetzt erst versucht, sie künstlich zu entfachen eben durch den genannten, von Warschau her beeinflußten polnischen Evangelischen Verein, der seine Mitglieder übrigens nur unter den eingewanderten Galiziern, Kongreßpolen und Teschenern zählt, während die bodenständige evangelische, polnisch sprechende Bevölkerung sich durchaus von ihm fern hält, da sie keinen Gegensatz zu ihren deutsch sprechenden Glaubensbrüdern haben will. Aber für den Beobachter der kirchlichen Pressepolitik ist es ein Vergnügen festzustellen, wie die evangelischen Glaubensgenossen polnischer Nationalität arbeiten. Seit langem beschweren sie sich darüber, daß aus den Kreisen der unierten Kirche überallhin Nachrichten gingen, welche die polnische „Toleranz" in falschem Lichte erscheinen lassen. Sie haben solche Mitteilungen, welche in der Tat gelegentlich in der Öffentlichkeit erschienen sind, niemals berichtigen können. Anscheinend wollen sie nun den gleichen Weg beschreiten. Wie man sieht, hat ihre Zentrale die gleichen Nachrichten nach Danzig, Kujawien und in den Kreis Adelnau befördert. Man weiß nicht, ob man gratulieren soll. Wahrscheinlich wird es dem äußeren Zentralnachrichtendienst schwer werden, Vertrauen und Glauben für seine Darstellung zu finden, — nach den ersten Proben zu urteilen.

Der Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich.

Die deutsche Antwortnote.

Berlin, 5. August. Am Freitag nachmittag wurde vom Reichskabinett der endgültige Text der deutschen Antwort an Poincaré festgesetzt. Die Note, der eine Abschrift der Antworten Englands und Belgiens auf das deutsche Gesuch um Herabsetzung der Ausgleichszahlungen beigelegt ist, wurde sofort nach Paris übersandt und wird Sonnabend mittag der französischen Regierung übergeben werden. In der Note heißt es:

Herr Ministerpräsident! Ew. Exzellenz beehre ich mich, den Empfang der Note vom 1. August 1922 zu bestätigen. Die Reparationskommission hat auf den Antrag der deutschen Regierung vom 12. Juli 1922 auf Gewährung eines Moratoriums für die Reparationsbarzahlungen mit Schreiben vom 13. Juli 1922 in Aussicht gestellt, daß sie ihre Entscheidung auf diesen Antrag vor dem 15. August 1922 treffen und mitteilen wird. Die königlich großbritannische Regierung hat auf den Antrag der deutschen Regierung vom 14. Juli 1922 auf Herabsetzung der monatlichen Ausgleichsraten mit Schreiben vom 26. Juli 1922 geantwortet, daß sie beabsichtigt, diese Frage bald mit den anderen beteiligten Mächten zu erörtern, um der deutschen Regierung im Namen der Gesamtheit der beteiligten Mächte Bescheid zugehen zu lassen. Die königlich belgische Regierung hat auf den gleichen Antrag geantwortet, daß sie sich auf diesen Antrag zur selben Zeit wie über das Gesuch um ein Moratorium für die Reparationsbarzahlungen äußern werde. Eine Abschrift dieser beiden Noten beehre ich mich zur gefl. Kenntnis Eurer Exzellenz beizufügen.

Die deutsche Regierung kann danach annehmen, daß bereits vor dem 15. August 1922 eine grundsätzliche Regelung der Frage der Ausgleichszahlungen möglich sein wird. Sollte diese Annahme, die sich auf das Schreiben der Reparationskommission vom 13. Juli 1922 im Zusammenhang mit den erwähnten beiden Noten gründet, nicht zutreffen, so wird die deutsche Regierung ihre vertraglichen Verpflichtungen im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit zu erfüllen bestrebt sein. Auf die Frage der Heranziehung der privaten Ausgleichsschuldner zu der finanziellen Abdeckung der Ausgleichsverpflichtung wird die deutsche Regierung in ihrer Äußerung zu der Sache selbst, wie sie sich in ihrer Note vom 1. August vorbehalten hat, besonders eingehen. Schon jetzt sei bemerkt, daß ein dem Reichsrat vorliegender Gesetzentwurf eine Änderung des Verrechnungssystems vorsieht, nach welcher insbesondere auch die Ausgleichsschuldner stärker als bisher herangezogen werden sollen.

Ew. Exzellenz bezeichnen die in Ihrer Note vom 26. Juli angekündigten Maßnahmen nunmehr als „Retorsionsmaßnahme". Nach dem Abkommen vom 10. Juni 1921 ist die einzige Rechtsfolge der Nichterfüllung der von Deutschland übernommenen Verpflichtungen die, daß die beteiligten alliierten Mächte, dieses fristlos kündigen können. Die Kündigung hätte die Wirkung, daß die Bestimmungen des Vertrages von Versailles über die Zahlung der jeweiligen Debetsalden wieder angewendet würden. Als Sicherung für den Fall der Nichtzahlung gibt der Vertrag von Versailles den alliierten Mächten rechtlich ein Pfandrecht an den Erlösen aus der Liquidation des deutschen Eigentums. Dem Sinn und Zweck dieser gerade für den Fall der Nichterfüllung vorgesehenen Bestimmungen würde die Anwendung der für den 5. August 1922 angekündigten Retorsionsmaßnahmen widersprechen, zumal für eine Zahlung, die überhaupt erst am 15. August fällig ist.

Seit Ew. Exzellenz Note vom 26. Juli 1922 hat sich die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands weiter außerordentlich verschlechtert. Die Mark ist inzwischen auf ein Zweihundertstel ihres Friedenswertes gesunken und die Leistungsfähigkeit Deutschlands dementsprechend weiter zurückgegangen. Unter diesen Umständen gibt die deutsche Regierung eindringlich der Erwägung der französischen Regierung anheim, die Angelegenheit einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen und ihre Entscheidung bis zu den in der anliegenden englischen und belgischen Note erwähnten Verhandlungen der beteiligten alliierten Mächte zurückzustellen.

*

Der „Tag" schreibt dazu: Zum ersten Male seit langer, langer Zeit steht das deutsche Volk geschlossen hinter seiner Regierung ohne Unterschied der Parteien. Diese Einmütigkeit gibt der Antwort der Regierung an Poincaré ein seltenes Gewicht. Der französische Ministerpräsident wird sich davon überzeugen müssen, daß die Zeit noch nicht gekommen ist, um das Erbe anzutreten, welches Hader und Zwietracht dem haßgierigen Feind in den Schoß wirft. Die Einmütigkeit des deutschen Volkes wird um so größeren Eindruck machen, als vor wenigen Wochen noch innere Kämpfe die Leidenschaften aufwühlten und das Gefüge des Reiches zu zertrümmern drohten. Sie sind mit einem Schlage beendet. Aber wir wollen uns auch nicht darüber täuschen, daß nur die bitterste Not in der Lage war, den inneren Kampf zum Verstummen zu bringen. Von einer wirklichen Einigkeit sind wir noch sehr fern. Die Politik der Reichsregierung ist zudem auch gebieterisch vorgeschrieben durch die Not, da kein anderer Ausweg bleiben würde. Möge der Augenblick benutzt werden, um das zu sichern, was das Deutsche Reich zum Fortbestand unumgänglich braucht.

Die Stufenleiter der Sanktionen.

Paris, 5. August. Havas veröffentlicht folgendes Kommuniqué: Da die deutsche Regierung heute eine dilatorische Antwort erteilt hat, hat die französische Regierung folgende, zur Sicherstellung ihrer Ansprüche bestimmten Beschlüsse gefaßt:

1. Die Ausgleichsämter von Paris und Straßburg werden aufgefordert, bis auf weiteres jede Anerkennung deutscher Forderungen aufzuschieben. Die Ausgleichsämter erhalten Anweisung, für Rechnung der deutschen Regierung aus dem Erlöse der Liquidationen der deutschen Güter in Frankreich, die durch die Urteile des gemischten Schiedsgerichts gewährten Entschädigungen bis auf weiteres nicht zu bezahlen.
2. Die Wirkungen des französisch-deutschen Abkommens vom August—September 1921, auf Grund dessen die von den Ausgleichsämtern Paris und Straßburg gewährten Zahlungen erfolgen, werden bis auf weiteres suspendiert, und die deutsche Regierung wird die Urteile, die zu ihren Ungunsten ausfallen oder ausfallen werden, aus eigenen Mitteln ausführen müssen.
3. Die Ausgleichsämter Paris und Straßburg sind angewiesen worden, jede Notifikation des Reinerlöses aus Liquidationen deutscher Güter in Frankreich einzustellen. Diese Maßnahme wird die Entschädigung von Deutschland mit in Frankreich liquidiertem Besitz praktisch unmöglich machen, und Deutschland verhindern, Guthaben im Interesse dieser Kategorie seiner Staatsangehörigen zu verwenden.
4. Die im Gange befindliche Ausführung des in Baden-Baden geschlossenen Abkommens über die Wiedererstattung von Mobiliar, das von deutschen Eigentümern in Elsaß und Lothringen zurückgelassen worden ist, wird suspendiert.
5. Falls diese verschiedenen Maßnahmen zur prompten Regelung der Fragen nicht ausreichen sollten, werden sie durch weitere progressive Bestimmungen ergänzt werden.

Nachweis eines deutschen Verschuldens schwer.

Paris, 5. August. Über die französische Auffassung, die Poincaré am Montag in London vertreten wird, verlautet in politischen Kreisen: Wenn auch offensichtlich Deutschland einen großen Teil der Verantwortung an seinem finanziellen Zusammenbruch trage, scheint es doch schwierig, die Feststellung bestimmter Tatsachen zu erlangen, die juristisch einen absichtlichen Verstoß gegen den Vertrag in der Vergangenheit beweisen. Infolgedessen könnte Deutschland ein kurzfristiger Zahlungsaufschub von vier bis acht Wochen für die nächsten Zahlungen gewährt werden. Deutschland müßte jedoch einwandfrei seinen guten Willen dadurch beweisen, daß es einen vollständigen Plan finanzieller Reformen annimmt und verwirklicht. Gleichzeitig müßte die allgemeine Hypothek auf Deutschland, welche die Alliierten nach dem Friedensvertrag besitzen, in Kraft treten, wie Abgabe von 26 Prozent des Kapitals der deutschen Industrieunternehmungen, Inbetriebnahme und sogar Abtretung der staatlichen Bergwerke und Forsten auf dem linken Rheinufer.

Sollte sich Deutschland weigern, sich diesen Maßnahmen zu unterwerfen oder Schwierigkeiten machen, so würde diesmal ein freiwilliger Verstoß offen zutage liegen und die Alliierten müßten Zwangsmaßnahmen im Rheinland und Ruhrgebiet treffen, besonders durch Überwachung der Transportmittel. In diesem Falle werde die französische Regierung unter voller eigener Verantwortung vorgehen, da sie diese Kontrolle als unerläßlich betrachtet.

Einzige Wirkung der französischen Politik.

Berlin, 5. August. Die amtliche Meldung aus Paris über die von Poincaré angedrohten Maßnahmen, die heute abend hier eintraf, entspricht nicht den Gerüchten, die vorher verbreitet worden waren. Die von der französischen Regierung offenbar seit längerer Zeit vorbereiteten Maßnahmen beschränken sich auf ein Gebiet, das für die Allgemeinheit zunächst keine direkten Wirkungen ausübt.

Das ändert nichts daran, daß das Vorgehen der französischen Regierung gerade in den Kreisen, die zu einer ruhigen und sachlichen Einstellung gegenüber Frankreich neigen, den schlechtesten Eindruck gemacht hat. Die Fassung der deutschen Antwort hätte bei einigem guten Willen Frankreich die Möglichkeit gegeben, zunächst einmal die weitere Entwickelung abzuwarten. Wenn sie es trotzdem für notwendig hielt, zu Strafmaßnahmen zu schreiten, so hat sie damit für die französischen Interessen bestimmt keinerlei Erfolg erzielt und höchstens dazu beigetragen, denjenigen, denen die Senkung des Dollars in den letzten Tagen Kummer bereitete, neue Gewinne zu verschaffen.

Der erste Erfolg dieser französischen Politik hat sich dann auch bereits prompt in einem Wiederanziehen der ausländischen Devisen im nachbörslichen Verkehr gezeigt.

Tschechischer Finanzplan für die Reparationen.

Prag, 6. August. „Narodni Listy" veröffentlichen den Entwurf hervorragender tschechischer Finanzmänner, der eine Lösung in Zahlung der europäischen Schulden vorsieht. Nach diesem Entwurf müßten die Gläubiger auf die Zahlung der Zinsen Verzicht leisten. Das Kapital dagegen soll in langfristigen Terminen abgezahlt werden. Hierdurch würde eine Erhöhung der Schuldsummen vermieden und die Schuld an jedem Termin geringer werden. Amerika müßte sein Gesetz, das die Zahlung der Schulden im Ablauf von 40 Jahren zu $4\frac{1}{2}$ v. H. vorsieht, modifizieren.

England und Frankreich.

Die Londoner Konferenz.

London, 5. August. Lloyd George wird nun ein kürzeres Wochenende auf dem Lande verleben und morgen abend zum Empfang Poincarés und Schanzers am Viktoriabahnhof sein. Der französische Premierminister und der italienische Außenminister werden im Hotel Claridge wohnen. Die belgischen Vertreter treffen ungefähr zu gleicher Zeit ein. Man rechnet damit, daß die erste Zusammenkunft der Konferenzteilnehmer am Montag vormittag 11 Uhr in Downing Street stattfinden kann. Entgegen den früheren Meldungen wird Balfour voraussichtlich nicht an den Verhandlungen teilnehmen, wohl aber Lord Curzon, der am Montag sein Amt übernehmen wird.

Wenn sich bei den ersten Verhandlungen allzu große Meinungsverschiedenheiten bemerkbar machen, dürfte die Konferenz schon nach zwei Tagen zu Ende sein. Wenn es sich aber erweisen sollte, daß ein praktischer Aktionsplan für alle Verbündeten gefunden und gründlich durchgearbeitet werden kann, rechnet man damit, daß sich die Beratungen bis in die übernächste Woche hinziehen können. Die Diskussionen selbst werden voraussichtlich ausschließlich finanzielle Fragen betreffen. Ursprünglich war auch eine Behandlung der Frage des nahen Orients und des Tanger-Problems vorgesehen. Doch hat der sensationelle Zusammenbruch der Mark alles andere hinter die Reparation zurücktreten lassen.

Das große Problem, um das sich alles drehen dürfte, ist, ob ein Abkommen möglich ist, durch das der Sturz der Mark aufgehalten werden kann, ohne Frankreichs dringendes Bedürfnis zu Reparationszahlungen zu opfern.

In allen politischen und finanziellen Kreisen sieht man dem Zusammenstoß zwischen Lloyd George und Poincaré mit außerordentlicher Spannung entgegen. Man verhehlt sich allerdings nicht, daß die Note Balfours dem englischen Premierminister einen nicht zu unterschätzenden taktischen Vorteil sichert.

Englische Flottenübungen in der Ostsee.

Nach einer Kieler Meldung wird Ende August ein großes englisches Geschwader in der westlichen Ostsee Schießübungen abhalten. Bei dieser Gelegenheit würden englische Kriegsschiffe auch deutsche Häfen anlaufen. Den Mannschaften wird aber nicht gestattet werden, an Land zu gehen.

Freundschaftsbezeugung Englands für Spanien.

London, 4. August. Chamberlain teilte im Unterhause mit, daß Foreign office habe es abgelehnt, die in London weilenden Riffleute zu empfangen. Diese kämpfen in Marokko gegen eine befreundete Macht, nämlich Spanien, und könnten nur als Rebellen betrachtet werden.

Vorgehen gegen das Deutschtum im Elsaß.

Straßburg, 4. August. Nach einer Meldung des „Journal", beabsichtigt das Generalkommissariat in Straßburg, gegen die an-

Die Erben von Senkenberg.

Kriminal-Roman von Erich Ebenstein.

(62. Fortsetzung.)

So beabsichtige ich es nicht zu machen. Eisler steigt mit mir in aller Stille in meinem Prachatitzer Quartier ab, und ich begebe mich wieder in der Verkleidung eines Antiquitätenhändlers nach dem Schloß Senkenberg, um dort mein Garn zu spinnen. Wie — das weiß ich selbst noch nicht, denn ich war eine Woche lang fort und muß erst erfahren, wie sich die Dinge dort seitdem gestaltet haben."

„Hm — Du möchtest eine dramatische Szene arrangieren! Aber selbst wenn es Dir gelingt, Lavandal zu einer Unvorsichtigkeit zu bringen — wie willst Du ihn denn dann festhalten? Der Oheim entschlüpft Dir auf alle Fälle!"

„Gar nicht. Du gibst mir doch ein paar Detektivs mit und weisest die dortige Behörden an, mir Beistand zu leisten? Es ist nicht ausgemacht, daß wir in den ersten 24 Stunden nach Senkenberg gehen. Vielleicht beobachten wir den sauberen Patron erst noch eine Weile, ohne daß er es ahnt. Dies hängt alles von den Nachrichten ab, die ich in der „Krone" zu finden hoffe."

„Dann sehe ist nicht ein, wozu Du Eisler gleich mitnehmen willst!?"

„Wirklich nicht? Hat er nicht genug gelitten?" Und der Vater — begreifst Du nicht, daß er einmal von der Existenz seines Sohnes unterrichtet keine Minute länger wird warten wollen —?"

Ja! Aber es hat seinen Haken. Ich weiß nicht, ob die gesetzlichen Formalitäten sich so rasch werden erfüllen lassen."

„Sei kein Frosch, Wasmut! Von seiner Unschuld bist Du jetzt doch überzeugt —"

„Ja Aber . . ."

„Dann genügt ein Federstich! Uebrigens schickst Du ja Deine Detektivs mit, und ich bürge Dir außerdem für alles."

„Wann willst Du fahren?"

„Morgen, so bald als möglich."

„Vor zehn Uhr könnte ich Dir nicht . . ."

„Gut. Das genügt. Um halb elf geht ein Zug, der Anschluß hat. Wir kommen dann am Nachmittag nach Prachatitz. Den Ruhm überlasse ich Dir, Wasmut, Du kannst —"

„Glaubst Du, ich würde mich mit fremden Federn schmücken?"

„Ach was, wir haben doch von Anfang an zusammen gearbeitet. Ohne Dein Entgegenkommen hätte ich nichts tun können, säße wohl noch gar in Deiner Intelligenzzelle als Baron Mikosch!"

Er lachte laut auf und schlug dem Freunde scherzhaft auf die Schulter.

„Du — eines behalte ich mir doch vor: Dem alten Brankow die veränderten Lebensumstände Eislers mitzuteilen und — manches andere. Das wird ein Hauptspaß werden."

XXVIII.

Silas Hempel bezog als Mr. Rodin wieder sein Quartier in der „Krone".

In seiner Begleitung befand sich ein junger Mann, dessen tiefernste Miene einen Widerspruch bildete zu den von Natur aus lachenden braunen Augen.

Er sprach wenig, blickte mit einer gewissen unruhigen Befangenheit um sich und wurde rot, als der Wirt, offenbar in der Absicht, zu erfahren, wer der neue Gast sei, die beiden Herren wortreich begrüßte.

Monsieur Rodin fand es nicht nötig, seinen Begleiter vorzustellen. Er bestellte für ihn das Zimmer neben dem seinen und erkundigte sich, ob mit dem Morgenzug nicht zwei Herren aus Wien angekommen seien, Herr Winkler und Herr Stein.

„Ja, sie sind angekommen, aber nach Tisch ausgegangen. Sie bewohnen Nr. 8 und 9, gerade dem Appartement Monsieur Rodins gegenüber."

Ob es vielleicht Geschäftsfreunde Monsieurs seien? fragte der Portier neugierig.

Er bekam keine Antwort auf die Frage.

„Melden Sie es mir sofort, wenn die Herren zurückkommen," befahl Hempel und begab sich mit seinem Begleiter nach oben.

„So, Herr von Senkenberg," sagte er, als sie allein im Zimmer waren, „nun heißt es für Sie, noch ein wenig Geduld haben. Wie Sie sehen, hat mir der Portier hier ein nettes Päckchen Briefe übergeben, die ich vor allem lesen muß. Sie sind von Fräulein v. Brankow und Peter Mark. Nehmen Sie einstweilen Platz."

Der junge Mann war bei der Anrede nervös zusammengezuckt.

„Nennen Sie mich doch nicht bei diesem Namen," murmelte er verwirrt. „Es ist mir so ungewohnt. Und noch steht ja nicht einmal fest, ob der, der allein darüber zu entscheiden hat, mich als seinen Sohn anerkennt!"

„Unsinn! Mit Freuden wird er es tun! Wie könnte er auch anders, nachdem ich ihm meine Beweise vorlege?" sagte Hempel.

„Ich weiß nicht — mir ist so bange — alles erscheint mir wie ein Traum —"

„Na, gottlob haben wir Fräulein Melitta, die schon dafür sorgen wird, daß Sie erwachen."

„Sie!" rief Felix leidenschaftlich. „Wann werde ich sie sehen? Heute noch! O, Herr Hempel — —"

„Still! Stören Sie mich nicht," unterbrach ihn der Detektiv fast ungeduldig, während er Melittas ersten Brief überflog. „Das ist ja wirklich sehr interessant — —"

(Fortsetzung folgt.)

gedlich im Elsaß betriebene deutsche Propaganda mit den schärfsten Mitteln vorzugehen.

Eine ungewollte französische Wohltat für Deutschland.

Paris, 5. August. Wie die „Ere nouvelle" mitteilt, hat der französische Postminister Laffont den französischen Postbeamten verboten, ihre Ferien in Deutschland zu verbringen.

Die französischen Seeleute werden schwierig.

Paris, 4. August. Ministerpräsident Poincaré hat mit einer Abordnung von Seeleuten der Handelsmarine über die Einführung des Achtstundentages verhandelt. Der Verband der Seeleute weigert sich, die Nachteile einer Revision des französischen Gesetzes über den Achtstundentag im Gegensatz zu anderen Betrieben allein auf sich zu nehmen. Er verlangt von der Regierung, die konkurrenzunfähig gemachten Reeder zu subventionieren.

Deutschlands Bankerott.

Neue Erhöhung des Posttarifs am 1. Oktober.

Berlin, 4. August. Die Reichspostverwaltung wird im September dem Verwaltungsbeirat und dem zuständigen Reichstagsausschuß ihre neuen Portoerhöhungen zur Begutachtung vorlegen, um das vorhandene Defizit und die neuen Gehaltszulagen zu decken. Es ist beabsichtigt, vom 1. Oktober ab die Briefe im Inland auf 4 M., für das Ausland auf 9 M. zu erhöhen. Postkarten sollen 2 M. oder 2½ M. kosten, Ortsbriefe und Ortskarten will man nur wenig steigern, wahrscheinlich auf 1¼ bis 1½ M. für Briefe und 1 M. für Karten. Die niedrigste Drucksachentaxe wird 1 M. betragen, Pakete, Fernsprechgebühren und Telegrammgebühren werden in größerem Ausmaß erhöht, so z. B. das Fünfkilopaket in der Nahzone auf 12 M., in der Fernzone auf 24 M. Die Verwaltung steht auf dem Standpunkte, daß eine durchschnittliche Erhöhung von 50 Prozent das Mindestmaß sei, wenn man nicht alle paar Wochen neue Tarife ausarbeiten will. Das Defizit der Post nähert sich bereits der dreizehnten Milliarde.

Der deutsche Devisenhandel.

Berlin, 4. August. In Berliner Bank- und Börsenkreisen war heute vormittag das Gerücht verbreitet, wonach auch in Deutschland nach dem Vorbild von Wien und Budapest ein Devisenhandelsverbot bevorstehen soll. Wie die „B. Z. am Mittag" im Reichsfinanzministerium erfährt, schenkt die Regierung den unerfreulichen Vorgängen am Devisenmarkt selbstverständlich ernsteste Beachtung und versucht Maßnahmen zu erwägen, die die unliebsamen Zustände am Devisenmarkt beseitigen können. Zu diesen Erwägungen gehört aber nicht ein Devisenhandelsverbot, da sie von der Unzweckmäßigkeit einer solchen Maßnahme von vornherein überzeugt ist.

Die Wirkungen des Schutzgesetzes.

Berlin, 5. August. Der preußische Minister des Innern Severing äußerte sich einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes" gegenüber über die Wirkungen des Schutzgesetzes in Preußen. Die Anwendung dieses Gesetzes habe bereits „greifbare Resultate" erzielt. In der Frage des Verbotes von Vereinen und Bünden habe er bis jetzt so gehandelt, daß er nur eingeschritten sei, wenn ein lückenloses Beweismaterial ergab, daß die Tätigkeit des Vereins gegen das Gesetz verstoße und ein Verbot unbedingt notwendig sei.

Die Sache liegt in fast allen Fällen so, daß neben der offiziellen Organisation des Vereins noch eine illegale besteht. Es wäre übrigens falsch, anzunehmen, daß alle Spuren überwiegend nach Bayern führen; vielmehr seien gerade in den westlichen Provinzen zahlreiche Ermittelungen über illegale Verbände gemacht worden. Es sei beabsichtigt, Auszüge aus dem sehr umfangreichen Material zu veröffentlichen.

Im Zusammenhang mit diesen Dingen stehe auch die Zurdispositionsstellung einer Anzahl höherer Verwaltungsbeamten. Über eines müsse man sich klar sein: Sollte es noch einmal zu einem Attentat auf führende Persönlichkeiten der Republik kommen, dann sei es sehr fraglich, ob es gelingen wird, die Gegenbewegung gegen diese „rechtsradikale Mordpropaganda" in den gesetzlichen Schranken zu halten. Der Minister fügte hinzu: Ich sage das in vollem Bewußtsein der Tragweite meiner Worte. Die Stimmung in den Arbeiterkreisen ist mir genau bekannt. Er schloß, indem er der Hoffnung Ausdruck gab, daß es gelingen werde, die Anhänger des Mordes und der Gewalttat zu isolieren und unschädlich zu machen.

Einstein auf der Mordliste.

Leipzig, 5. August. Professor Albert **Einstein hatte** zugesagt, auf der Hundertjahrfeier der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Aerzte in Leipzig einen Vortrag über die Relativitätstheorie zu halten. Kurz nach der Ermordung Rathenaus teilte aber Einstein dem Vorsitzenden der Gesellschaft, Geheimrat Planck, mit, daß er seine Beteiligung an der Hundertjahrfeier absagen müsse, weil er für mehrere Monate ins Ausland müsse. Diesen plötzlichen Entschluß faßte Einstein, als er erfuhr, daß sein Name auf der Liste der Opfer stehe, die von der Mörderorganisation beseitigt werden sollten und der schon Rathenau zum Opfer gefallen ist.

Daß Einstein auf der Mordliste steht, erklärt sich aus seiner jüdischen Abstammung, die vermutlich auch bei Rathenau der Hauptgrund der Ermordung war. Daß die Physik eine durchaus internationale Wissenschaft ist und Einsteins Entdeckungen von größter Bedeutung sind, würde ebensowenig wie die geistige Bedeutung Rathenaus die Mörder von ihren Wahnsinnstaten abhalten. Dazu reizen dürfte in diesem Falle auch die marktschreierische Reklame, die einige Berliner Zeitungen mit dem persönlich sehr bescheidenen Einstein getrieben haben.

Aus Deutschland.

Rundschreiben des Papstes erwartet.

Berlin, 6. August. In Kreisen, die nahe Beziehungen zum Vatikan unterhalten, wird angekündigt, daß Ende d. Mts. ein neues Rundschreiben des Heiligen Vaters veröffentlicht werden wird, in dem das soziale Tätigkeitsgebiet bestimmt wird. Das Rundschreiben betont weiter, daß die Politik nichts gemeinsames mit der Religion haben dürfte und wird eine Aufforderung an alle Völker enthalten und diese bitten, den wahren Geist des Friedens innezuhalten.

Verhaftung der Scheidemann-Attentäter.

Breslau, 4. August. Im Kreise Althammer bei Kosel wurden zwei Kaufleute verhaftet, die aus der Gegend bei Kassel stammen und an dem Attentat auf Scheidemann beteiligt gewesen sein sollen. Die Namen der beiden angeblichen Kaufleute sind: Oelschläger und Hurstett. Sie sind nicht auf polizeilichen, sondern auf richterlichen Befehl verhaftet worden. In Kassel soll eine Gegenüberstellung der Verhafteten mit Scheidemann, dessen Tochter und den Zeugen des Attentats erfolgen. Sollten diese die beiden Festgenommenen als die Attentäter erkennen, so wird von der Generalstaatsanwaltschaft in Kassel der Prozeß gegen sie eingeleitet werden.

Internationaler Bergarbeiterkongreß in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 4. August. Der Vorstand des internationalen Bergarbeiterverbandes ist heute zur Vorberatung der Verhandlungen des vom 8. bis 11. August hier tagenden 26. internationalen Bergarbeiterkongresses unter dem Vorsitz des Engländers Herbert Smith, Mitglied des Unterhauses, hier zusammengetreten. Die allgemeine Tagung, zu der etwa 150 Delegierte erwartet werden, beginnt am Sonntag abend. Auf der Tagesordnung des Kongresses stehen Anträge zur Regelung der Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen, über die Sozialisierung des Bergbaues und Errichtung eines internationalen Informationsbureaus, über den wirtschaftlichen Stand des Bergbaues und der Bergarbeitergesetzgebung.

Die Wirren in Italien.

Rom, 4. August. Die nach dem Streik hier endlich eingelaufenen, weniger einseitigen Meldungen aus der Provinz beweisen, daß die Streiktage, die viele Tote und Verwundete kosteten, offenbar nur den Erfolg hatten, die Gemüter weiter zu erhitzen. Die Besetzung der Bürgermeisterei in Mailand durch Faszisten und die Vertreibung der sozialistischen Gemeinderäte in einer Anzahl von Städten, ohne daß die Regierung den Status quo gegen die Faszisten erzwingt, legt es der sozialistischen Leitung nahe, ob sie nicht allen sozialistischen Leitung nahe, ob sie nicht allen sozialistischen Gemeinderäten Amtsniederlegung empfehlen soll. Das Kabinett sinnt auf Mittel, das Vertrauen zu erhalten, doch wird das offenbar allerseits nur als ein Versuch, Zeit zu gewinnen, gewertet, in der Erwartung, daß dadurch eine gewisse Klarheit in Land und Parlament geschaffen werde.

Facta zur Kammerauflösung ermächtigt.

Rom, 5. August. Wie „Idea nazionale" meldet, wurde Ministerpräsident de Facta durch königliches Dekret ermächtigt, gegebenenfalls die Kammer aufzulösen.

Die Faszisten Sieger in Italien.

Rom, 5. August. Im Sempierdarena bei Genua wurde das Eisenbahnerhaus angezündet, ebenso die Arbeitskammern in Asti, Pavia, Padua und Spezia. Allenthalben blieben die militärisch organisierten Faszisten Sieger über die unorganisierten und teilweise eingeschüchterten sozialistischen und kommunistischen Massen.

Die Orientfrage.

Lloyd Georges Meinung.

London, 5. August. (Tel.-U.) Lloyd George erklärte im Unterhaus betreffs Englands Haltung zu den Orientfragen u. a., daß im Orient ein gerechter und dauerhafter Friede hergestellt werden müsse. Zum Schluß führte Lloyd George aus: „Der Ausspruch Dr. Words von der amerikanischen Mission, die Türken verfolgen eine Politik, die auf die Vertilgung der christlichen Minderheiten gerichtet ist, beleuchtet alles. Man hat es den Griechen nicht verdenken können, daß sie, bevor sie ihre Truppen zurückzogen, genügende Garantien für die Sicherheit der zurückbleibenden Landsleute forderten. Wir waren verantwortlich für die Niederlage der Türken. Deshalb müssen wir auch für den Frieden, der in der Türkei wiederhergestellt werden sollte, verantwortlich sein. Wir werden nicht die Vorherrschaft die wir einmal durch Opfer unseres eigenen Volkes gewonnen haben, leichthin wieder aufgeben. Deshalb haben wir ein Recht, keinen Frieden zu schließen, der Hunderttausende hilfloser Leute, die um unseren Schutz ersuchen, der Gnade und Barmherzigkeit derjenigen überlassen würde, die für die Deportationen und Grausamkeiten verantwortlich gewesen sind.

Die Verfassung Litauens angenommen.

Riga, 7. August. Aus Kowno wird berichtet, daß die litauische Verfassung am 1. August in dritter Lesung angenommen wurde. Bezüglich der umstrittenen Punkte über die nationalen Minderheiten wurde ein Kompromißantrag angenommen, nach dem den kleinen Nationalitäten nationale Autonomie gewährt werden soll.

Sowjetrußland.

Polens Kritik am Entwaffnungsvorschlag der Sowjets.

Reval, 4. August. In Reval sind die Generalstäbe Estlands, Lettlands und Polens zu einer Konferenz zusammengetreten, um über den sowjetrussischen Abrüstungsvorschlag zu beraten.

Wie die „Gazeta Gdańska" Nr. 176 meldet, ist die Antwort Polens auf die Entwaffnungsnote der Sowjetregierung die Feststellung, daß die Sowjetregierung ungefähr zwei Millionen Soldaten besäße. Gleichzeitig wird behauptet, daß nach Moskauer Nachrichten deutsche Instrukteure den Plan vorgelegt hätten, die Quantität der Roten Armee mit der Qualität einzutauschen. So sei die Verminderung der Roten Armee, die nach deutschem Muster organisiert würde, in Wahrheit eine Stärkung. Die Sowjets wollten durch diesen Schritt anderen Völkern Sand in die Augen streuen. Polen antworte deshalb nicht unmittelbar, sondern wende sich in konsequenter Weise an den Völkerbund.

Verhandlungen der Sowjets mit China und Japan.

Neuyork, 4. August. Nach einer Pekinger Meldung wird dort offiziell mitgeteilt, daß Japan und China in Vertragsverhandlungen mit Rußland eintreten werden, die die Anerkennung der Sowjets einschließen und eine Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen bezwecken. Man will die Finanzen Chinas, Japans und Rußlands ordnen, noch ehe Europa sich von seinen Kriegswunden erholt hat.

Eine hochautorisierte Stelle hat mitgeteilt, daß Joffe, der Vertreter Moskaus, bereits nach Peking unterwegs ist und ermächtigt sein soll, sowohl mit Japan als auch mit China zu verhandeln. Die chinesisch-russischen Verhandlungen werden wahrscheinlich in Peking stattfinden. Russisch-japanische Verhandlungen würden folgen und in Tschita oder Tokio stattfinden. Ein Vertreter Chinas soll bereits beauftragt sein, das Programm für die Pekinger Unterredung aufzustellen. Die Hauptpunkte der Verhandlung sind:

1. Rußland wird aufgefordert, die Mongolei zu räumen.
2. Rußland erhält große Machtvollkommenheiten im Fernen Osten und die Kontrolle über die chinesischen Staatsbahnen.
3. Rußland erhält die Erlaubnis, in China Handel zu treiben.

Es wird berichtet, daß Japan bereits informatorisch seine volle Zustimmung zu diesen Vorschlägen ausgedrückt hat und wahrscheinlich folgende Konzessionen machen wird:

1. Zurückziehung der Truppen in Sibirien und anderen von Rußland beanspruchten Gebieten.
2. Finanzieller Beistand für Rußland.

Dafür erhält Japan besondere Handelsvorrechte.

Enteignung in der Ukraine.

Lemberg, 6. August. Die Nationalisierung des Bodens in der Sowjetukraine wurde zu Ende geführt und die verteilten Gebiete den Pächtern zur Nutznießung übergeben. Die Pachtverträge (Tenuty?) werden den Staatsbanken überwiesen. Verstaatlicht wurde auch jener Kleingrundbesitz, dessen Eigentümer in Polen weilen.

Die deutschen Abgeordneten bei Dr. Nowak.

Warschau, 3. August. Der zweite Vorsitzende der deutschen Sejmvereinigung, Herr Josef Spickermann-Lodz, und Herr Abgeordneter Heike-Dirschau, wurden heute um 11½ Uhr vormittags vom Ministerpräsidenten Dr. J. Nowak empfangen. Während der eingehenden Besprechung der Nöte der deutschen Minderheit Polens wurden namens unserer Sejmvereinigung folgende Punkte aufgestellt, welche der Herr Ministerpräsident als der oberste Vertreter der neuen Regierung zur Kenntnis nahm:

1. Die Bedrückungen, denen unsere wolhynischen Kolonisten von seiten der lokalen Behörden in den Ostmarken ausgesetzt sind, sollen sofort aufhören.

2. Der Verdrängung der deutschen Ansiedler in Posen und Pommerellen soll gemäß den noch jüngst von der polnischen Regierung gegebenen internationalen Zusicherungen entsprechend sofort Einhalt geboten werden.

3. Die Staatsangehörigkeit aller jener Personen, die unter dem Zwange der Verhältnisse für Deutschland oder auch für Polen optiert haben, soll gewissenhaft nachgeprüft werden.

4. Alle Fragen, welche im Zusammenhange mit der Kürzung der Rechte der deutschen Minderheit Polens auf dem Gebiete des Schulwesens stehen, sollen eine Regelung in wohlwollendem Sinne erfahren.

5. Der Bund der Deutschen Polens, Sitz Lodz, soll endlich legalisiert werden und die vollste Möglichkeit seiner satzungsgemäßen Entwicklung zum Wohle der völkischen Interessen der Deutschen des ehemals russischen Teilgebiets erhalten.

6. Alle Verordnungen und administrativen Vorschriften, welche dem Geiste und dem Sinne der Staatsverfassung vom 17. März 1921 widersprechen, sollen außer Kraft gesetzt werden.

7. Die vollständige Gesetzmäßigkeit der Wahl zum Sejm und zum Senat soll von der neuen Regierung verbürgt und gegen jegliche unloyale, der Minderheit feindlich gesinnte Elemente sollen schärfste Maßnahmen ergriffen werden.

8. Die deutsche Staatsangehörigkeit soll von nun an in keiner Weise als Hemmnis zum Eintritt in den Staatsdienst betrachtet werden. Der deutschen Bevölkerung wird entsprechend den persönlichen Fähigkeiten jedes deutschen Bürgers Polens, der breiteste Anteil am staatlichen Leben zugesichert.

Der Herr Ministerpräsident gab den Vertretern der deutschen Minderheit, den Herren Spickermann und Heike, **völlig befriedigende Zusicherungen.** Nach seiner Meinung werde die Politik der polnischen Nationalisten, wie sie beim Ausbau unserer gemeinsamen Heimat bisher in verderblicher Weise zutage trat, sich nicht auf die Dauer behaupten können. Er wolle alle seine Kräfte aufwenden, damit den deutschen Bürgern Polens eine wirkliche und vollständige Gleichberechtigung zuteil werde. Das neue Kabinett wolle nicht eher ruhen, bis ihm ein jeder Bürger dieses Staates mit Freude und herzlicher Bereitwilligkeit all seine Kraft zur Verfügung stellen werde und er Polen als sein wirkliches, von Herzen geliebtes Vaterland betrachten und behandeln würde.

Die Unterredung nahm einen Verlauf, der unsere Abgeordneten voll befriedigte.

Zum Schluß legt Abg. Spickermann noch von sich aus dem Ministerpräsidenten die Abschaffung des Mieterschutzgesetzes nahe, dessen Fortbestehen die Städte Polens zum Ruin zu bringen drohe.

Wir hoffen unsererseits, daß die „völlig befriedigenden Zusicherungen" auch gehalten werden, daß die Gerichte, die Herren Landkommissare und sonstigen Behörden endlich einmal die Intentionen der ihnen vorgesetzten Regierung achten und befolgen werden.

Der Staatspräsident in Krakau.

Krakau, 7. August. Der Zug, der den Staatspräsidenten in Begleitung des Kriegsministers Sosnkowski, des Generalstabschefs Sikorski und des Chefs der Zivilkanzlei des Staatspräsidenten, Car, nach Krakau brachte, hielt unterwegs in Grodzisk und Sosnowice, wo dem Staatspräsidenten begeisterte Ovationen dargebracht wurden. Als der Zug im Krakauer Bahnhof einlief, erschallten die Klänge eines Orchesters, das die Nationalhymne spielte. Der Staatspräsident wurde von Stadtverordnetenversammlung in corpore, Vertretern der höheren Lehranstalten, von Korporationen und Vertretern des Offizierkorps erwartet. Im Namen der Stadt sprach der Stadtpräsident Federowicz. Der Staatspräsident dankte in einer kurzen Entgegnung, ging dann die Front der Ehrenkompagnie entlang und stieg in Gesellschaft des Stadtpräsidenten in ein Auto, das ihn zur Wojewodschaft brachte. Die Menge, die den Staatspräsidenten vor dem Bahnhof erwartete, begrüßte ihn mit begeisterten Zurufen. Dann formierte sich ein Umzug, an dem die einzelnen Korporationen und Organisationen mit Standarten und einem Orchester teilnahmen. Der Zug bewegte sich nach dem Wojewodschaftsgebäude. Aus dem Wojewodschaftsgebäude begab sich der Staatspräsident zur Feldmesse. Nach dieser fand eine Musterung des Militärs statt.

Aus Polen.

Die Handels- und Industriekommission im Sejm gegen Korfanty.

Warschau, 4. August. Die Handels- und Industriekommission hat sich an die polnische Regierung gewandt mit dem Ersuchen um Aufklärung über die Rolle, die Korfanty in der Sache der oberschlesischen Gruben spielt.

„Przegląd Wieczorny" will wissen, daß es sich herausgestellt hat, daß diese Gruben zur Hälfte einem polnischen zur Hälfte einem französischen Konsortium übertragen worden seien. Um Teilnahme an dem Konsortium sollen sich auch die Engländer bemüht haben, die aber abgelehnt wurden. An der Spitze des Konsortiums steht ein Aufsichtsrat von 18 Personen, zur Hälfte Polen, zur Hälfte Franzosen, die jeder monatlich 8000 Franken erhalten. Vorsitzender dieses Aufsichtsrats ist der Abgeordnete Korfanty, von dem niemand weiß, wie hoch seine Bezüge sind. Der Vertreter der polnischen Regierung ist aber die polnische Landesbank, deren Direktor der ehemalige Finanzminister Michalski ist. Die ganze Machination soll durch das Kabinett Ponikowski ohne Wissen des Sejms, ohne Wissen der Handels- und Industriekommission des Sejms zustande gebracht worden sein.

† **Preissteigerung im Juli um ca. 18 Prozent.** In Lodz hat die Preisprüfungskommission festgestellt, daß die täglichen Unterhaltungskosten für eine aus vier Köpfen bestehende Familie im Juli 188 Mark betrugen, das sind 332 Mark mehr als im Juni.

† **Tschenstochauer Bürger gegen den Staatschef.** Eine Bürgergruppe der Stadt Tschenstochau hat an die Stadtverordnetenversammlung einen Antrag gerichtet, die Josef Pilsudski-Straße umzutaufen, und zwar soll sie den Namen Wojciech Korfanty erhalten. — Ein derartiger Antrag läßt auf völlige Abwesenheit des notwendigen Taktgefühls schließen. Wegen ihres Parteihasses erweisen diese Leute dem Staatschef Unehre, ohne zu bedenken, daß sie dadurch auch dem Staate, dessen Repräsentant er ist, Schande machen und seine Autorität herabsetzen.

Am 2. d. Mts. ist der Synagogen-Beamte der Isr. Brüdergemeinde

Herr Hermann Elias

aus dem Leben geschieden.

Der Heimgegangene hat drei Jahrzehnte hindurch mit seltenem Pflichteifer und hingebender Treue seines Amtes gewaltet und sich in hohem Maße die Achtung und das Wohlwollen seiner Vorgesetzten sowohl wie der Gemeindemitglieder, mit denen er in Berührung kam, erworben. [8438

Poznań, den 6. August 1922.

Der Vorstand der Synagogen-Gemeinde.

Vom 30. August bis Ende September d. J.,

findet in **Danzig** ein

Ausbildungskursus für Milchvieh-Kontrollassistenten (innen)

statt. Landwirtssöhne und Töchter sowie Angehörige verwandter Berufe im Alter von 18—30 Jahren wollen sich unter Einreichung etwaiger Zeugnisse nebst Lebenslauf melden beim

Verband der Rindviehkontrollvereine — im Freistadt Danzig — Danzig, Sandgrube 21.

Anfangsgehalt bei freier Station 5—600 Mk. monatlich. Auf Wunsch wird den Schülern Unterkunft und Verpflegung nachgewiesen. [8427

Neuerschienen:

Wesoły Początek

Polnisches Lesebuch für deutsche Schulen

von **H. Seydell.**

2. verbesserte und vermehrte Auflage.

Ladenpreis einschließlich Teuerungszuschlag **720** Mark.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung, sowie durch den **Kommissions-Verlag**

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt A.-G.,

Poznań, ulica Zwierzyniecka 6. [8422

Polen.

Rudolf Schimmelfennig G. m. b. H., Speditionshaus Schneidemühl.

Bahnspedition Firchau (Uebergang Konitz—Danzig), **Stenschi** (Uebergang Bentschen—Posen).

Zollspedition, Sammelverkehr, Lagerspeicher und verdeckte Lagerhallen am Anschlußgleis.

Telegramm-Adresse: Speditionshaus. [8165

Achtung!

Empfehle mich zur Ausführung sämtlicher **Ofenarbeiten,** sachmäßige Ausführung unter Garantie.

Auswärtige Aufträge erbittet (8306

Wilhelm Zugehoer, Ofenbaugeschäft Kościan b. Posen.

Empfehle mich zur Anfertigung von (8436

Damen- u. Kinderkleidern, -Mänteln u. -Kostümen

in und außer dem Hause.

Gertrud Sonsbrowski, Górna Wilda 36, III. Et.

Mein in **Wolsztyn** gelegenes (8388

Bäckereigrundstück,

1908 erbaut, bin ich willens sofort zu verkaufen. Gefl. Off. an **Robert Trebbin, Bäckermeister, Wolsztyn, Bahnhofstraße 3.**

Mein Wohnhaus in sehr guter Lage mit 20 Zimm., groß. Garten u. Stallung möchte ich **vertauschen.** Wert d. Hauses 1½ Mill. M. **Anton Chmielewski, Dahlhausen R.,** Heinrich Kämpchenstr. 7.

Mein in **Recklinghausen** belegenes **Grundstück** bin ich willens, mit einer **Landwirtschaft in Polen zu vertauschen.** Das Grundstück besteht aus 3 stöckigem Haus mit Stall, 2 Morgen Ackerland und Bauplatz, 1 Pferd, 2 Wagen. Bitte sich zu wenden an **M. Kalote, Duszniki Abbau,** Kreis Samter. [8420

Weizen, Roggen, Raps, sowie **sämtl. Landesprodukte,**

8425] **kauft zu höchsten Tagespreisen**

Emil Blum, Opalenica. — Teleph. 33.

Habe noch abzugeben: Chilesalpeter, Thomasmehl, Kalkstickstoff, Norgesalpeter, Kali. 8424

Emil Blum, Opalenica, Telephon 33.

Prima Kamelhaar-Dreschtreibriemen

liefern sofort [8091

Sander & Brathuhn,

Poznań, ulica Seweryna Mielżyńskiego 23. Telephon 4019.

Die Verlobung ihrer einzigen Tochter **Margarete** mit dem Diplom-Ingenieur und Leutnant d. Res. a. D. Herrn **Hans Golla** zeigen ergebenst an

Września, im August 1922

Oskar Hauff und Frau

Marie, geb. Lüdke

Margarete Hauff

Hans Golla

Verlobte

Września — Breslau

Offerieren solange vorrätig:

Deutsche Kalidüngesalze,

die in Kürze hier eintreffen, und bitten um baldige Bestellungen.

Poznański Bank Ziemian

Tow. Akc.

Departament Rolniczo - Handlowy.

Centrala: Poznań, ulica Podgórna 10.

Telephon 13-93, 13-94, 36-93, 36-97.

Bestellungen können auch an unsere Filialen gerichtet werden:

Warszawa, ulica Mazowiecka 1. Tel. 151-97, 507-70.

Bydgoszcz, ulica Gdańska 165. Tel. 310.

Grudziądz, ulica Józefa Wybickiego 25. Tel. 795 i 895.

Ostrów, ulica Kaliska 1. Tel. 180.

Leszno, Rynek 13. Tel. 13. [389

Pappdächer ∴ Teerungen

— bei Garantieübernahme — sowie sämtliche Dachreparaturarbeiten

Steinkohlenteer, Klebemasse, Dachpappe, Pappnägel u. Teerbürsten zu Fabrikpreisen.

Baumeister **K. Günther,** Poznań, Towarowa 21. Tel. 2945. Gegr. 1908.

Spezialgeschäft für Pappdächer.

Telegr.-Adr.: **Teerguenther-Poznań.** 574

Ich kaufe ein 2½—3zölligen

Arbeitswagen

Th. Busse, Architekt u. Baumeister,

Poznań, ul. Grobla 6, II., Hof. [8433

---

3 Lastautoanhängewagen,

möglichst mit Gummibereifung, zu kaufen gesucht. [8426

F. Rosanowski, Adlermühle, Grudziądz.

Maschinen- Motoren- Zylinder- usw. **Oele**

Kamelhaar- Baumwoll- Hanf- **Treibriemen**

Maschinen- Wagen- Heißlager- **Fette**

Hoch- und Niederdruck- **Packungen**

Klingerit- Asbest- Gummi- **Platten**

Gummi- Hanf- Spiral- **Schläuche**

Wasserstands- Reflexions- Vasen- **Gläser**

Draht-Seile

Tropfölapparate, Staufferbuchsen, Putzwolle usw.

offerieren [2099 b

Sander & Brathuhn

Poznań, ulica Seweryna Mielżyńskiego 23 (Bauhütte). Telephon 4019.

Der neue polnische

Post-Tarif

auf Karton und mit Oese versehen.

Preis Mark 20,—,

zu beziehen durch die

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt A.-G.

Poznań, ulica Zwierzyniecka 6.

Erstklass. Preßtorf

zu Tagespreisen in großen und kleinen Posten ab Lagerplatz Gostyń gibt ab [8293

Paul Schulz, Gostyn.

Verreise

Sonntag, den 13. d. Mts. bis Mitte September [697

San.-Rat **Dr. Pincus,** Kinderarzt.

Kainit,

Kali 20% u. 40%

Chilesalpeter

und andere Düngemittel

hat abzugeben [8434

Emil Frühling

Poznań, św. Marcin 43.

Tel. 3099. **Tel. 5349.**

Zum Verkauf:

1 Benzinmotor, 8 PS., Körting, 2000 kg, **1 eis. Windmotorturm,** ca. 14 Meter hoch, **div. eiserne Fenster, 4 Wellblechschiebetüren, 2 Schleifsteintröge,** eiserne, für Hand- und Kraftantrieb, **1 Holztür mit Futter, 1 Glastür mit Gitter.** [8405

Philipp Hannach, Pumpenfabrik, Leszno.

Wohnungen

Wohnungstausch.

Wer tauscht eine Wohnung in Posens Umgegend gegen eine schöne 2 Zimmerwohn. u. Küche im Industriegebiet Westfalens (Recklinghausen)? Arbeit vorhanden. Zu meld. am Freitag in Poznań Wilda, ul. Traugutta 5 b. Fr. **Kobbert.**

Verein deutscher Sänger. Mittwoch, den 9. 8. 22, abends 8¼ Uhr pünktl., Uebungsst. i. Ev. Vereinsh.

Photogr. Atelier

„beim Schloss“

(Św. Marcin 37).

Moderne Porträts

für Legitimationen.

Auf eilige Photographien kann gewartet werden.

Gesucht eine

8-10-Zimmerwohnung

im Zentrum. [384

Vermittlung erwünscht.

Moderne 6-Zimmerwohnung kann dagegen getauscht werden.

Offerten unt. **8854** an **Wielkopolska Agencja Reklamy, Poznań, Gwarna 19.**

Ankäufe u. Verkäufe

Wassermühle oder Dampfmühle

zu kaufen gesucht. Ausführliche Angebote unter **8396** an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Mein gut gelegenes

Geschäftshaus

mit Buch- u. Papierhandlung, auch zu jedem anderen Geschäft geeignet, an zahlungsfähigen Käufer sofort **zu verkaufen.** Am Orte Lehrerseminar, Gymnasium und viele Schulen.

Otto Kleist, Rawicz,

Plac Wolności 542. (8318

Harder'sche

Kartoffel-Ausgraber

Kartoffel- Rüben- **Gabeln**

offeriert [8146

Woldemar Günter

Landwirtschaftl. Maschinen u. Bedarfsartikel, Fette und Oele,

Poznań, ulica Sew. Mielżyńskiego Nr. 6 (früher Viktoriastraße.) — **Telephon 52-25.**

Dampfpflug

gebaut 1912, sofort billig **zu verkaufen.** — Offerten unt. **8411** an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Guitarre

mit weichem, vollem Ton, preiswert zu verkaufen. Off. u. **8375** a. d. Geschst. d. Bl.

Gut erhaltene **Nähmaschine** preiswert z. verkaufen. **Fiur, ul. Matejki 65 A I.** Besichtig. zw. 4—7 Uhr. (8435

Flügel, Fabrikat F. Reiche-Berlin, steht preiswert in Wolsztyn **zum Verkauf.** Gefl. Anfrag. unt. **C. R.** an die Geschäftsstelle des „Wollsteiner Tageblattes“ in Wolsztyn.

Landwirt aus Deutsch-Oberschlesien will sein im Kreise Gr.-Strehlitz beleg. 150 Morg. großes **Grundstück,** guter Boden, mit sämtlichem Inventar **gegen kleines oder größeres im Posenschen tauschen.** Offert. unt. **8441** an d. Geschst. d. Bl. erb.

Große Kirschsaftpresse,

sehr gut erhalten, hat billig abzugeben [8335

Lewandowski, Poznań, ul. Przemysłowa 23.

Die Pressekonferenz im Schloß.

Wie wir in der letzten Nummer unseres Blattes berichteten, hatte am Sonnabend vormittag der Bevollmächtigte der polnischen Regierung für die deutsch-polnischen Verhandlungen, Minister Olszowski, die hiesigen Pressevertreter zu einer Konferenz im Schloß eingeladen, wo der Genannte Bericht vom Stande dieser Verhandlungen erstattete. Zu Eingang der Konferenz verlas der Minister das Programm der Tagesordnung für diese Verhandlungen. Da wir dasselbe schon ausführlich in der Nr. 167 unseres Blattes veröffentlicht hatten, so wird es hier wohl genügen, die drei Leitpunkte dieses Programms anzuführen. Diese befassen sich: 1. mit der Durchführung der Konvention, die am 9. Januar 1920 in Paris unterzeichnet wurde; zweitens mit dem Abschluß der weiteren Konvention bezüglich der Angelegenheiten, welche in der Erklärung genannt sind, die am 9. Januar 1920 in Paris unterzeichnet wurde, und endlich drittens mit einer Reihe anderer Angelegenheiten. Alle Angelegenheiten, von denen die Rede ist, ergeben sich aus den Beschlüssen des Versailler Vertrages. (???) Sie betreffen Abrechnungen von Finanzeinkommen im ehemals preußischen Teilgebiet und Ausgaben, die verschiedene Gemeinden und Kreise des ehemals preußischen Teilgebiets für den Unterhalt der Familien jener Soldaten zahlen mußten, die im Heere dienten. Diese Ausgaben betragen einige hundert Millionen Mark in deutscher Valuta. Außerdem umfassen die Verhandlungen auch Hypothekenfragen, Kontrakte, Rückerstattung der Fonds der im ehemals preußischen Teilgebiet säkularisierten Kirchengüter, die Kriesnoten usw. usw. Einer der scheinbar nebensächlichen, aber für den Kundigen wichtigsten Punkte bildet die Besprechung von Fragen, die, obwohl im Programm nicht angeführt, dennoch im Einvernehmen beider Bevollmächtigten angeschnitten werden können. **Kluge Nachgiebigkeit, ein Entgegenkommen ohne Schwäche kann hier den Boden für Ergebnisse bereiten, die im wirtschaftlichen Interesse beider Staaten liegen.**

Eigen aber muß es dennoch berühren, wenn Herr Minister Olszowski, angesichts der verzweifelten Lage beider an den Verhandlungen beteiligten Staaten einen Satz anführte, der geeignet ist, Erstaunen in hiesigen deutschen Kreisen hervorzurufen. Der Minister erklärte wörtlich: „Der Versailler Vertrag ist geschrieben, um mit aller Pedanterie durchgeführt zu werden." Erlauben Sie uns darauf die Entgegnung, Herr Minister, daß die Welt nicht nur aus Frankreich und Polen, sondern auch aus anderen Staaten besteht, von denen einige offen erklärten: „Der Vertrag muß revidiert werden, er wird bei „pedantischer" Durchführung zum Untergang Europas führen!" Nach Schluß des Vortrages durch den Herrn Minister beantwortete dieser die ihm von den Pressevertretern gestellten Fragen. Drei Fragen waren es, um deren Beantwortung der Vertreter unseres Blattes den Minister bat: 1. Sind in den Verhandlungen die Angelegenheiten der deutschen Ansiedler mit einbegriffen? Antwort: Nein. 2. Müssen jene, die für Deutschland optierten, Polen im Verlaufe eines Jahres verlassen, können sie eventuell ausgewiesen werden? Antwort: Dieses ist Sache der Innenverwaltung, kommt für diese jemand als „lästiger Ausländer" in Betracht, so kann die Ausweisung natürlich erfolgen. 3. Ist eine Erleichterung der Paßschwierigkeiten, eine eventuelle Aufhebung der Paßvisen vorgesehen? Antwort: Die polnische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß in dieser für das gesamte europäische Wirtschaftsleben so wichtigen Frage, im Interesse des europäischen Wiederaufbaus Erleichterungen geschaffen werden müssen. (Jedes Entgegenkommen der polnischen Regierung gerade in diesem Punkte würde von vielen mit Freude begrüßt werden. Die Red.) Einer der anwesenden Pressevertreter stellte die Frage, ob die Optanten ihr Eigentum zollfrei ausführen dürfen. Die Antwort des Ministers lautete: Nach den Beschlüssen des Versailler Vertrages nur im Verlauf eines Jahres. Ein Teil der deutsch-polnischen Verhandlungen wird in Dresden, ein anderer Teil in Warschau geführt werden. Auf die Auswahl der Delegierten ist größtes Gewicht gelegt. Auch werden die vielen Verwicklungen der Optionsfragen einer genauen Prüfung unterzogen. Entscheidende Stimme hat nur der von den Regierungen ernannte Bevollmächtigte, die Unterzeichnung kann nur durch Ratifizierung des Sejm erfolgen. Der sogenannte deutsche Wirtschaftsboykott ist aufgehoben, die deutschen Außenhandelsstellen haben die Erlaubnis zur Ausfuhr bereits erteilt. Die Liste der polnischen Delegation wurde zur Bestätigung nach Warschau gesandt. **Dieser Delegation traten auch infolge einer Konferenz des Westmarkenvereins Vertreter dieses Vereins bei.**

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 7. August.

Bau und Unterhaltungspflicht von Brücken.

Der Minister hat durch Verfügung vom 24. Juni 1922 den Text betr. Unterhaltung von Brücken Pos. a. wie folgt geändert:

Sofern die Brücke über Bäche oder kleine Flüsse führt, muß der Zwischenraum der unteren Kante der Brücke und dem höchsten Wasserstande wenigstens 0,50 Meter, und sofern die Annahme gerechtfertigt ist, daß im Falle eines Hochwassers auch Stubben oder Holz angeschwemmt wird, wenigstens ein Meter betragen. Ohne Rücksicht auf vorstehende Bestimmung soll der Zwischenraum zwischen der unteren Kante, der Brücke und dem Wasserspiegel betragen: auf Flüssen mit Segelschiffahrt 5,50 Meter, auf Flüssen mit Flößereibetrieb 2,50 Meter, auf Kanälen mit Segelschiffahrt 4,50 Meter, sofern die Schiffahrtsbehörden nicht andere Bestimmungen stellen.

Von der Posener Krankenkasse.

Bezüglich der Ausstellung von Krankenscheinen für die Mitglieder und deren Angehörigen direkt durch die Firma oder Behörden hat der Vorstand der Krankenkasse in seiner Sitzung am 20. Juli folgendes beschlossen:

Es wird die Genehmigung erteilt, weiter Krankenscheine für die Mitglieder und deren Angehörige auszustellen. Falls der Arzt dem Mitglied beglaubigt, daß es arbeitsunfähig ist, dann muß der Arbeitgeber bzw. die Firma nach Ausfüllen der Kontrollkarte die Kasse davon unverzüglich in Kenntnis setzen, indem sie die Kontrollkarte der Kasse übersendet, damit diese die Möglichkeit hat, das Mitglied, das arbeitsunfähig geworden ist, vom Krankenkontrolleur besuchen zu lassen. Der für ein Mitglied, das arbeitsunfähig wird, ausgestellte Krankenschein hat eine Woche Gültigkeit. Nach Ablauf einer Woche muß sich das Mitglied zum Arzt begeben, und dieser muß bescheinigen, daß das Mitglied entweder weiter arbeitsunfähig ist oder wieder arbeitsfähig ist. Der Schein muß dann in der Kasse vorgelegt werden, damit das dem Mitglied für die Zeit der Arbeitsunfähigkeit zustehende Krankengeld gemäß der Gruppe ausgezahlt werden kann, in der er versichert war und Beiträge für ihn gezahlt werden. Die Kasse stellt ihm einen neuen Krankenschein für die Weiterdauer seiner Krankheit aus. Das Krankengeld für Arbeitsunfähigkeit muß das Mitglied jede Woche in der Kasse persönlich in Empfang nehmen, falls sein Gesundheitszustand es gestattet und der Arzt im Krankenschein Ausgehstunden vermerkt hat, bei vorheriger Bescheinigung seitens des Arztes, auf dessen Namen der Schein ausgestellt wurde. Die Ausstellung von Krankenscheinen für die Angehörigen, d. h. für die Frau bzw. die Kinder, hat vier Wochen Gültigkeit. Wenn nach Ablauf von vier Wochen eine weitere Verlängerung nötig ist, muß man das Mitglied mit diesem Schein an die Krankenkasse weisen, damit der Schein dort verlängert wird und die Kasse die Möglichkeit hat, die Gewährung von Leistungen im Sinne des § 43 innezuhalten, der die Zeit der Leistungen für die Angehörigen auf 13 Wochen festsetzt. Es haben sich nämlich Fälle ereignet, daß Firmen bzw. Institutionen diese Rechtsvorschriften nicht innegehalten haben und Krankenscheine für Angehörige über die rechtlich vorgesehene Zeit hinaus verlängert worden sind, wodurch die Kasse beträchtlichen Kosten ausgesetzt war. Falls sich eine der Firmen oder Institutionen an die obigen Bestimmungen nicht halten sollte, dann wird das Recht der Ausstellung von Krankenscheinen entzogen. Ein Verzeichnis aller ausgestellten Scheine muß auf hierfür bestimmten Formularen spätestens jede zwei Wochen in einem Exemplar der Kasse regelmäßig zugeschickt werden, damit die Kasse die Möglichkeit hat, die Kassenbücher zu vervollständigen und die einzelnen Fälle zu prüfen.

Zum Landarbeiterstreik.

Über die gegenwärtige Lage des Landarbeiterstreiks ist folgendes zu sagen:

Verhandlungen, die am Sonnabend bei der hiesigen Wojewodschaft zwischen dem Stellvertreter des Ministers für öffentliche Arbeit usw. Dr. Darowski, Herrn Rusinek, aus Warschau und den Arbeitgeberverbänden (Produzentenverein und Arbeitgeberverband) stattfanden, haben zu keinem positiven Ergebnis geführt.

Im übrigen erfahren wir, daß auf vereinzelten Gütern die Arbeit wieder aufgenommen wurde, nachdem die Arbeiter die wahre Sachlage über das Zugeständnis der 50prozentigen Zulage erfahren hatten. Es wäre dringend zu wünschen, daß diese Erkenntnis sich immer mehr und schleunigst Bahn bricht und so dem Landarbeiterstreik ein Ende bereitet, was im Interesse der Ernährung unseres Teilgebiets liegt, und angesichts des heiteren Himmels, der uns seit zwei Tagen lacht, geradezu zur zwingenden Notwendigkeit wird. Der andauernde Regen hat die Getreideernte ohnehin schon durch Auswuchs, Verschlechterung des Strohs usw. ganz ungewöhnlich geschädigt, so daß es jetzt zur eisernen Notwendigkeit wird, den etwa drei Viertel betragenden Bestand unserer Ernte, der noch auf den Feldern steht, vor weiterem Verderben zu bewahren. Das liegt im Interesse der Gesamtheit der Bevölkerung, dann aber auch in dem der Landarbeiter selbst, deren Deputat durch Fortsetzung des Streiks den Witterungseinflüssen ausgesetzt und ganz erheblich verschlechtert werden würde, da es nur im minderwertigen Zustande verabfolgt werden könnte. Die Arbeiter schneiden sich also durch Fortsetzung des Ausstandes in das eigene Fleisch. Rechnen wir also damit, daß auch hier die Vernunft endlich den Sieg davonträgt.

Da, wie erwähnt, die Verhandlungen am Sonnabend zu keinem Ergebnis geführt haben, richtete der Delegat des Ministers für Arbeit und soziale Fürsorge Zygmunt Rusinek noch am Sonnabend abend folgendes im „Przegląd Poranny" veröffentlichtes Schreiben an den polnischen Produzentenverband.

Ich ziehe die infolge der Haltung einer der interessierten Seiten, einer Haltung, die unmittelbare Verhandlungen unmöglich macht, geschaffene Lage in Erwägung und habe die Ehre, als bevollmächtigter Delegierter des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums den Herren die Bildung einer Schiedsspruchkommission vorzuschlagen, deren Aufgabe es wäre, den bestehenden Konflikt zu beseitigen. In diese Kommission soll jede der beiden Seiten drei Vertreter entsenden, die ihrerseits einen Vorsitzenden zu wählen hätten. Falls bezüglich der Person des Vorsitzenden Streitigkeiten entstehen, wird der Vorsitzende vom Arbeits- und Wohlfahrtsminister ernannt. Mitglieder der Schiedsspruchkommission müssen Personen sein, die bisher im gegenwärtigen Konflikt nicht engagiert waren. Nach der Bildung der Schiedsspruchkommission geben die drei interessierten Institutionen zu Händen des Vorsitzenden der Kommission eine schriftliche Erklärung ab, die dahin lauten soll, daß sie sich dem Entscheid dieser Kommission ohne Vorbehalte unterordnen. Nach Anhören der Vertreter der Produzentenorganisation und des Landarbeiterverbandes trifft die Schiedskommission in geheimer Sitzung mit gewöhnlicher Stimmenmehrheit eine Entscheidung. Falls die oben genannten Vorschläge aus irgendwelchen Gründen Ihren Wünschen nicht entsprechen sollten, dann würde noch ein Ausweg übrig bleiben, nämlich die Bildung eines außerordentlichen Schlichtungsausschusses, zu dem die Bevollmächtigten des Justiz- und des Landwirtschaftsministeriums und als Vorsitzender der Vertreter des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums gehören sollen. Das Verfahren dieses Ausschusses würde dasselbe sein, wie das der Schiedskommission. Beide Seiten müßten gleichfalls von vornherein eine Erklärung abgeben, daß sie sich seinem Urteile unterordnen. Jeder der oben genannten Vorschläge stellt einen formellen Ausweg für die interessierten Seiten dar. Deshalb wäre eine Ablehnung dieser Vorschläge bei gleichzeitiger Unmöglichkeit, den Konflikt schiedsrichterlich zu erledigen, die Verlängerung des bestehenden scharfen Konfliktes und Streikes bedeuten. Die Dringlichkeit der Angelegenheit erwägend, bitte ich, die Antwort auf obige Vorschläge bis Sonntag, 12 Uhr mittags, an das Hauptarbeitsinspektorat zu senden.

Mit Hochachtung

Zygmunt Rusinek,

Delegierter des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums.

Eine Stellungnahme der Arbeitgeberverbände zu den vorstehend gemachten Vorschlägen war bei der Kürze der Frist noch nicht möglich.

× **Die Aufnahme des deutsch-polnischen Geldbriefverkehrs.** Zu unserer Mitteilung in der Sonntagausgabe über die Aufnahme des Geldbriefverkehrs bis zur Höhe von 1000 französischen Franken, bezw. deren Wert in deutscher oder anderer Valuta erfahren wir jetzt von zuständiger Stelle, daß diese Anordnung auch für Sendungen aus Polen nach Deutschland gilt. Wer einen solchen oder einen niedrigeren Betrag nach Deutschland versenden will, muß dazu die schriftliche Genehmigung des Delegaten der Polska Krajowa Kasa Pożyczkowa, früheren Reichsbank, in der Aleje Marcinkowskiego 12 (fr. Wilhelmstr.) einholen. Dann begibt man sich mit dieser Genehmigung zum Postamt und verschließt und versiegelt dort unter Aufsicht des Schalterbeamten

---

Die Konferenz.

Von Heinz Scharpf.

Es klingelte. Gleich darauf wurde die Türe aufgerissen und herein stürzte: Bogumil. Bogumil, der Allerweltsschriftsteller. Der Mann mit der dramatischen Füllfeder. Er begrüßte mich stürmisch, rückte den Hut aus dem Kopf und steckte sich meine letzte Zigarre ins Gesicht. Dann warf er sich vergnügt aufs Sopha und sprach mit Geistern in der Luft.

Ich zog mich diskret an meinen Schreibtisch zurück.

Von dort aus wagte ich nach einiger Zeit die schüchterne Frage: „Was führt Dich hierher?"

„Gleich!" befahl mir Bogumil zu schweigen und unterhielt sich weiter mit seinen Luftgebilden.

Plötzlich sprang er auf, trat prophetisch vor mich hin und lachte übers ganze Gesicht: „Also, mein Söhnchen, wir schreiben ein Stück zusammen."

„Wir?" fragte ich erstaunt, „wieso?"

„Einen Schlager. Eine tolle Sache. Etwas, was uns nicht nur Papier, sondern auch Dollar und holländische Gulden einbringt. Was uns Geld scheffeln läßt."

„Na nu?"

„Nu na! Nicht werden wir das Stück schreiben, nach dem die ganze Welt lechzt."

„Also, was Aktuelles?"

„Bin ich jemals nicht aktuell?" tönte es voll Entrüstung zurück.

„Etwa . . ." blitzte mir ein Gedanke auf. —

„Was?"

„Nun ich habe gedacht, vielleicht der Völkerbund."

„Famos."

„Oder die Konferenz im Haag."

Bogumil mit weit geöffnetem Mund. „Die Konferenz — — Einen besseren Titel finden wir nicht. Er tanzt wie ein Wilder im Zimmer umher und spricht wieder zu den Geistern:

Die Konferenz.

Aktueller Schwank in 3 Akten von Bogumil und Scharpf. Erstaufführung im Lustspieltheater. Beginn 8 Uhr. Täglich ausverkauft. Zum 400. Male. Der Schlager der Saison. Pallenberg in der Hauptrolle. Lachsalven.

Dann senkte sich sein Blick wieder erdenwärts.

„Und wie stellst Du Dir das ganze vor?" fragte er begierig.

„Tja, darüber hab' ich noch nicht nachgedacht."

„Dann mach Dich über die Sache. Den Blödsinn, den Du soeben schreibst, kannst Du gelegentlich später vornehmen."

„Erlaube . . ."

„Es handelt sich jetzt um mein Stück, zu dem ich Dich als Mitarbeiter erwählt habe und mit dem auch Dir pekuniär auf die Beine geholfen werden soll."

„Warum Du gerade gegen mich so großmütig bist?"

„Weil Du über jenen schlagenden Witz verfügst, der meinen Einfällen jene prägnante Herausarbeitung verbürgt, zu der mir infolge meiner anderwärtigen Tätigkeit die Zeit fehlt."

Ich (nun ebenfalls zu den Geistern gewendet): „Man müßte Frankreichs und Albions Vertreter auf die Bühne bringen, nebst der russischen Delegation, die man unter sich im Jargon sprechen lassen könnte . . . ."

Bogumil plattelt vor Vergnügen Schuh.

„. . . . man müßte vor allem das Milieu sehr interessant gestalten. Erster Akt etwa das Vorzimmer beim englischen Gesandten, zweiter ein Nebenkonferenzsaal, in dem man hinter die Kulissen blicken kann, dritter eine Spielbank, an der ein deutsches Delegationsehepaar in einer Nacht 800 000 M. verliert. Halt, nein, das geht nicht. An einer derartigen Realität würde sich das Publikum stoßen. Dieses Ehepaar müßte auf der deutschen Bühne unbedingt aus Paris sein. Und dann kein Ehepaar, sondern ein Gesandter und eine Kokotte . . ."

Bogumil tanzt einen Veitstanz.

„. . . und irgend ein junger Fant des eigenen Staates müßte dann diese Kokotte herumkriegen, so daß sie ihm alle Pläne der Gegenpartei verrät . . ."

Bogumil benimmt sich epileptisch.

„. . . dabei ließe sich den unterschiedlichen Parteien da und dort eins auswischen und zu einem recht gedeihlichen Schluß kommen."

Bogumil gebietet mir zu schweigen. Er spricht wieder zu den Geistern. Dann tritt er beschwörend vor mich hin und fragt metallen: „Wann kannst Du mit dem Szenarium fertig sein?"

Diese Frage stellt mich rasch wieder auf den Boden der Realität. Ich blicke Bogumil hart ins Gesicht und spreche langsam und nachdrücklichst: „Das hängt ganz davon ab, wann Du 500 M. Vorschuß leisten kannst. Denn ich bin ein Unglücklicher, der von der Hand in den Mund lebt und lieber den Spatz samt den wenigen Federn in der Hand verzehrt, als die angebratene Taube auf dem Dache."

„Fünfhundert Mark Vorschuß?" entsetzte sich Bogumil, „so eine Frechheit ist mir in meinem ganzen Leben noch nicht vorgekommen. Ich komme zu diesem Menschen mit einer brillanten Stückidee, gebe ihm Punkt für Punkt die Handlung an, so daß ein Gymnasiast das Weitere besorgen könnte, ich verspreche ihm die Hälfte am Gewinn, und noch immer nicht zufrieden, will der Mensch auch noch Vorschuß. Verlange ich einen von Dir? Und mir käme das eher zu."

Wütend rauchte Bogumil nun auch noch meine letzte Zigarette, steckte wutentbrannt einen ganz unschuldigen schön gespitzten Kohinoor ein und rückte seinen Hut wieder ins Gesicht. Dann ging er mit wuchtigen Schritten der Türe zu.

Unter derselben aber drehte er sich noch einmal um. Ein Gedanke hatte ihn ergriffen. Drohend flatterte mir sein schwarzer Havelock wieder entgegen. Mißtrauisch zischte er mir entgegen.

„Verwertung fremden geistigen Eigentums ist Diebstahl, daß Du es weißt. Die „Konferenz" mit den unschlüssigen Vertretern Frankreichs und Albions, dem Spielsaal und der Kokotte ist mein Eigentum. Gesetzlich geschützt, verstanden. Erspare Dir Plagiatsprozesse. Gott befohlen!"

Brüsk wandte er sich wieder zur Türe. Die Konferenz war abgebrochen. Hatte ohne jedes Resultat geendet. Aber ich tröstete mich mit dem Gedanken, daß dies eigentlich jeder Konferenz passieren konnte.

Bunte Zeitung.

○ **Die schwere deutsche Sprache.** In der „Neuen Deutschen Wochenzeitung für die Niederlande" läßt sich ein „Sprachverbesserer" also launig los: Neulich wollte ich in Berlin einen Freund besuchen, der in einem der Reichsämter sein Bureau hat. Vor dem Eingang zu den Amtsräumen hing ein Plakat mit der beleidigenden Aufschrift: „Man bittet, sich vor dem Eintritt die Füße gründlich zu reinigen." Jetzt bitte ich Sie: Wie? Wo? Mit was? Meine Füße waren ja tadellos sauber — aber so eine Aufforderung von Amts wegen ist nicht leicht zu nehmen. Ich bat also den Portier um ein Schaff mit warmem Wasser, Seife, eine Wurzelbürste, einen Strohwisch und ein Handtuch, damit ich mir die Füße reinigen könne. Er murmelte etwas, das klang wie „Dalldorf!" Wahrscheinlich eine in der Nähe befindliche Badeanstalt! Dann zog ich betrübt ab und ließ meinen Freund unbesucht. Ohne Fußbad getraute ich mich nicht einzutreten. Man kann nie wissen — am Ende wird man dort von einem roten Unterstaatssekretär visitiert! — Eine noch weit ärgere Zumutung wurde mir aber vor kurzem in München gestellt. In einem wissenschaftlichen Institut, noch dazu einem zoologischen: Da war am Eingang zu einem Laboratorium zu lesen: „Man bittet, die Füße abzustreifen." Ich frage, kann das im Ernst von einem Staatsbürger verlangt werden. Das ist wahrlich keine Kleinigkeit. In einem zoologischen Staatsinstitut müßten sie doch wohl wissen, daß kein Wirbeltier vom Molch aufwärts seine Füße abstreifen kann, ohne sich einen dauernden Defekt zuzuziehen! Bloß vom Molch abwärts können die Biester gelegentlich abgestreifte Füße regenerieren. Aber der Staatsbürger gehört zu den Wirbeltieren vom Molch aufwärts.

mit selbst mitgebrachtem Siegellack und Petschaft den Brief, worauf dieser die Reise nach Deutschland antreten kann.

Lehrgang für Milchviehkontrollassistenten. Der Verband für Rindviehkontrollvereine im Freistaat Danzig veranstaltet vom 30. August bis Ende September d. Js. einen Ausbildungslehrgang für Milchviehkontrollassistenten (-innen). Landwirtssöhne und Töchter sowie Angehörige verwandter Berufe im Alter von 18—30 Jahren können sich hier eine Existenz schaffen. (Siehe die heutige Anzeige.) Alles Nähere durch die Geschäftsstelle, Danzig, Sandgrube 21.

Miljonówkaziehung. In der letzten Ziehung am Sonnabend gewann das Los Nr. 0 909 498.

Deutschtumsbund. Helft den in der Existenz geschwächten selbständigen Handwerkern durch Arbeitsaufträge. Aufträge nimmt entgegen die Geschäftsstelle Posen, Wały Leszczyńskiego 2 (früher Kaiserring).

X **Gestohlen wurden aus der Remise in der ul. Bukowska 9 (fr. Bukerstr.) zwei Droschkensitzleder mit zwei Laternen im Werte von 100 000 Mark.**

X **In Lodz beschlagnahmte Diebesbeute. Am 2. August wurde in Lodz ein Mann festgenommen, der sich im Besitz von 22 Meter rötlichem gestohlenen Serviettenstoff befand. Der Eigentümer kann sich wegen Auskunft an die Polizei in Lodz wenden.**

X **Zur Ergänzung unserer Mitteilung über den Diebstahl einer Schreibmaschine im Wartesaale dritter Klasse** des Hauptbahnhofs ist noch mitzuteilen, daß es sich um eine Schreibmaschine Marke Underwood mit der Nr. 11 478 165 handelt.

---

* **Strelno,** 4. August. Auf dem Gute Górki bei Markowice kam es am 25. v. Mts. zwischen den Familien der Arbeiter Maciejewski und Urbaniak zu einer blutigen Auseinandersetzung. Der Streit entstand wegen Strohlieferung für den Viehstall und hatte zur Folge, daß zwischen den beiderlei Familienangehörigen eine heftige Schlägerei entstand, in deren Verlauf dem Urbaniak mit einer Mistgabel eine klaffende Wunde an der Schädeldecke beigebracht wurde, so daß der Arzt und Geistliche gerufen werden mußte, worauf der Verwundete in hoffnungslosem Zustande nach dem Hospital in Inowrocław gebracht wurde. Der ältesten Tochter Urbanskis, die ihrer Entbindung entgegensieht, wurde mit der Mistgabel die linke Bauchhälfte aufgeschlitzt, während der jüngeren Tochter einige Knochen gebrochen wurden. Die herbeigerufene Polizei aus Strelno und Inowrocław nahm sofort den ältesten Sohn des Maciejewski und den 18jährigen Arbeiter Lysiak, der auf seiten Maciejewskis „kämpfte“, fest. Nach der „Gaz. Strzel.“ liegt die Schuld auf seiten der Familie Maciejewski, die mit dem ganzen Dorf verwandt ist und seit einiger Zeit die Familie des Urbaniak mit Haß verfolgt. — Vor mehreren Tagen ging auf der Chaussee in der Nähe des Bahnhofs das Pferd des Landwirts Weiß aus Racice durch. Der Wagen wurde an einen Baum geschleudert und zertrümmert, wobei der im Wagen sitzende Weiß schwere Körperverletzungen davontrug, so daß er ins Spital gebracht werden mußte. — Am 28. v. Mts. wurde von dem Pächter des Gutes Strzelno klasztorne, Kozłowski, auf dessen Feldern ein Dieb beim Haferstehlen festgenommen. Es ist dies ein gewisser Józef Jedrzejczak aus Strelno, den K. der Polizei übergab.

* **Inowrocław,** 4. August. Der „Kuj. Bote“ berichtet: Heute um 8 Uhr früh meldeten Einwohner des Hauses ul. Św. Mikołaja Nr. 12, daß sich in diesem Hause eine Frau erhängt habe. Sofort begaben sich einige Polizeibeamte in das Haus und stellten fest, daß in der Wohnung des ehemaligen Beamten des Bezirkskommandos Siwczyński die bereits leblose 20jährige Gattin des letzteren an einer an der Türklinke befestigten Schnur hing. Der Gatte der Toten befand sich im angrenzenden Küchenraume, wo er verzweiflungsvoll weinte. Über die Ursachen des traurigen Falles konnten wir nichts erfahren. Anscheinend litt die unglückliche Frau an nervösen Störungen.

* **Bromberg,** 6. August. Seit Montag war das Dienstmädchen Katarina Dołżycka des Ingenieurs Władisław Ballant, Am Hafen Nr. 1, spurlos verschwunden. Am Donnerstag wurde nun an der fünften Schleuse die Leiche der Verschwundenen im Kanal gefunden. Es handelt sich um einen Selbstmord aus Liebeskummer; ihr Bräutigam hatte sich von ihr getrennt, um ein anderes Mädchen zu heiraten.

* **Thorn,** 4. August. Ein aufregender Vorfall ereignete sich Elisabethstraße. Dort warf sich ein Mädchen, das den Eindruck einer Geistesgestörten machte, vor einen herankommenden Straßenbahnwagen, um sich überfahren zu lassen. Durch scharfes Bremsen gelang es dem Wagenführer, den Wagen noch rechtzeitig zum Stehen zu bringen. Die Unglückliche, die bereits mehrere Selbstmordversuche angestellt hatte, wurde ins städtische Krankenhaus geschafft.

* **Schwetz,** 4. August. Der Beamte der staatlichen Kreis-Kriminalpolizei, Bembnista, hat in der Schwetzer Gegend einen steckbrieflich verfolgten gewissen Wilhelm Lange aus dem Schwetzer Kreise verhaftet. Lange war als Mittäter an dem vor etwa zwei Jahren verübten Morde ermittelt worden, dem die Familie des Gutsbesitzers Brunk in Steinholz, Kreis Bromberg, zum Opfer fiel. Außerdem hatte er verschiedene schwere Diebstähle begangen. Es gelang ihm damals, nach Deutschland zu entkommen. In diesen Tagen aber kehrte er zurück, angeblich um seine Wirtschaft zu verkaufen und dann wieder nach Deutschland zurückzukehren. Hierbei ereilte ihn sein Schicksal.

* **Dirschau,** 6. August. Über einen geheimnisvollen Todessturz aus dem Zuge berichtet die „Dirsch. Ztg.“ unter der Überschrift „Unfall oder Überfall?“: Bei Spengawsken war aus dem Transitzuge eine Frau gestürzt oder geworfen. Dieser Vorfall ist bis zur Stunde nicht aufgeklärt. Die Frau wurde in bewußtlosem Zustande dem Kloster zugeführt, wo sie alsbald verstarb. Papiere oder Kostbarkeiten waren bei derselben nicht gefunden außer einem Heft der „Wächterstimme aus Zion“. Die Frau scheint ein Mitglied der Heilsarmee gewesen zu sein. Die Arme zeigten Tätowierungen. Wie jetzt berichtet wird, wurde bald nach dem Heraussturzen der Frau die Notleine gezogen, und ehe der Zug hielt, sprang aus demselben eine männliche Person, die aber bisher nicht aufzufinden gewesen ist.

* **Stargard,** 6. August. Der Blitz schlug bei einem der letzten Gewitter in das Haus einer Witwe in Saaben, Kr. Stargard, ein, als gerade in der Schule ein Vergnügen stattfand. Die Festteilnehmer eilten sofort zur Hilfeleistung herbei; ihren Bemühungen gelang es, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken.

* **Graudenz,** 6. August. Bezeichnend ist folgende Mitteilung der „Weichsel-Post“ über einen Millionendiebstahl. „In der Nacht vom 1. zum 2. d. Mts. wurde bei einer Prostituierten, namens Kazimiera Kotowska ein Einbruch ausgeübt und dabei Garderobe im Werte von einer Million Mark entwendet.“

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau,** 6. August. Am 25. Februar d. Js. wurde im Hause Nr. 1 an der Marcinkowskistraße in der Warschauer Vorstadt Praga in ihrer Wohnung die 43jährige Anna Ciarkowska ermordet. Ihr Mann weilt seit 1905 in Amerika; er schickte seiner Frau jeden Monat 20 Dollar. Der Mörder wurde nun dieser Tage in der Neuen Weltstraße verhaftet. Es ist der 22jährige Josef Skibiński, Deserteur, ein Vetter der Ermordeten. Skibiński gestand, seine Verwandte ermordet zu haben, um in den Besitz ihrer Ersparnisse zu gelangen. Der Mörder raubte 10 000 Mark in bar, sowie mehrere Kleidungsstücke, die er für 30 000 Mark verkaufte.

* **Lodz,** 6. August. Dem „Kurjer Poranny“ zufolge haben im Laufe der letzten Wochen einige Firmen in Lodz ihre Zahlungsunfähigkeit erklärt. Unter anderen die Firma Feinberg, deren Verbindlichkeiten eine halbe Milliarde Mark erreichen. Unlängst verkaufte Feinberg ein Haus für einige 40 Millionen Mark, stellte Wechsel über 10 und 20 Millionen Mark aus, verkaufte sämtliche Materialien und reiste aus Lodz ab.

Sport und Jagd.

Ein Fußballwettspiel ist am Sonnabend zwischen „Skała“ I und „S. M. O.“ I ausgefochten worden. Keine der beiden Parteien konnte den Sieg an sich reißen. Das Spiel endete 2 : 2 (1 : 1), was ein Beweis für die Gleichwertigkeit der beiden Mannschaften ist.

Unja I — Warta II. Für den gestrigen Sonntag war ein Fußballwettspiel zwischen der Warschauer „Korona“ und „Unja“ angekündigt. Da jedoch die Warschauer nicht gekommen waren, war man auf das Spiel Unja I — Warta II verfallen. Der Verlauf des lebhaften Spiels war durchaus nicht uninteressant. Spannende Momente gab es ziemlich reichlich, hauptsächlich bei Eckstößen bei dem Warta-Tor, wo die Hand des Torhüters sehr oft in Aktion trat.

„Unja“ war zwar überlegen, konnte aber wegen der glänzenden Disposition des gegnerischen Goalkeepers und des Verteidigers Nowicki, überhaupt, der aufopfernden Abwehrtätigkeit der Grünen seine Überlegenheit nicht in Toren ausdrücken.

Bis zur Pause führen die Grünen mit 1 : 0 durch Graczyk. Der Vorsprung wird dann wieder durch Graczyk vergrößert. Ein hoher Schuß von links aufs Tor — der Torwächter wehrt ins Feld ab, und gleich darauf saust ein äußerst scharf geschossener Ball von Graczyk unter dem sich werfenden Malski ins Netz. 2 : 0. Das ist den Blauen, die den Gegner anfangs wohl etwas unterschätzt hatten, zu viel. Es beginnt eine wirkliche Kanonade aufs feindliche Tor. Nicht weniger als neun Eckstöße werden in der zweiten Halbzeit diktiert (in der ersten Halbzeit 8). Aber die Grünen halten sich wacker. In der 31. Minute jedoch gelingt dem Rechtsaußen ein hoher, steiler Schuß in die linke Ecke. 2 : 1. Das Tor von Warta wird weiter hart bedrängt. Aber kein Tor fällt, bis in der letzten Minute Szepe der große Wurf gelingt. 2 : 2. Damit trennen sich die beiden Mannschaften.

Besonders hervorgehoben seien bei Unja: Tewes, Bestyński und Cynka; bei Warta der Torhüter, Nowicki, Baranowski und Graczyk. Der Schiedsrichter, Herr Waksman, stand auf der Höhe seiner Aufgabe.

Aus dem Gerichtssaale.

* **Thorn,** 4. August. Ein berüchtigter Einbrecher wurde von der Strafkammer des Thorner Bezirksgerichts zu fünf Jahren Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für die gleiche Zeitdauer verurteilt. Es handelt sich um den erst 19 Jahre alten Josef Banarszewski aus Kulmsee, der besonders in dortigen Gegend mit seinem Kumpanen Pokrzywski eine ganze Reihe von Verbrechen auf dem Gewissen hat. Während P. bereits im April abgeurteilt wurde, war es B. gelungen, sich aus dem Staube zu machen und eine Zeitlang unerkannt zu bleiben.

* **Graudenz,** 6. August. In der letzten Strafkammersitzung wurde Alexander Przykanowski aus Mewe wegen Schmuggels zu zwei Monaten Gefängnis und 50000 Mk. Geldstrafe verurteilt.

* **Lodz,** 6. August. Zum Tode verurteilt wurde vom hiesigen Standgericht der zwanzigjährige Sepski, der, wie wir kürzlich ausführlich berichteten, seinen Wohltäter, einen gewissen Lange, auf scheußliche Weise ermordete, um ihm danach 45 000 Mark zu rauben. Er goß der Leiche seines Opfers eine ätzende Säure in den Mund und behauptete, Lange habe sich selbst durch Gift das Leben genommen.

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

— **Neue Ausgabe der Werke E. T. A. Hoffmanns.** Der Verlag Georg Reimer (jetzt Vereinigung wissenschaftlicher Verleger), in Berlin hatte 1845 und 1871 die zwölfbändigen gesammelten Werke von E. T. A. Hoffmann (mit 24 Federzeichnungen von Theodor Hosemann) herausgegeben. Die Druckplatten der 1871er Ausgabe und die Originalsteine mit den Bildern Hosemanns lagern noch beim Verleger, so daß auf diesem Grundstock eine neue Serapions-Ausgabe von E. T. A. Hoffmann (mit einem genauen Druckstellenverzeichnis) veranstaltet werden kann. Hinzu kommen noch zwei von Leopold Hirschberg besorgte Ergänzungsbände. Diese Serapions-Ausgabe kommt im Spätherbst d. Js. heraus.

— **Georg Kaiser in Amerika.** Das große amerikanische Theaterunternehmen United Plays, Incorporation, Neuyork, an dessen Spitze Ben Blumenthal als Generaldirektor wirkt, hat durch Vermittelung des Verlags Gustav Kiepenheuer Aktiengesellschaft, Potsdam, zwei Werke von Georg Kaiser zur Aufführung erworben und ist ferner die Verpflichtung eingegangen, in jedem Jahre zwei weitere Werke dieses Autors zu erwerben.

Neues vom Tage.

§ **Goldfunde auf Island.** In der Nähe der Hauptstadt Islands machte man vor einiger Zeit beim Brunnenbohren Goldfunde, die starke Aufregung unter der Bevölkerung hervorriefen und zu weiterem Suchen nach Gold führten, was letzten Endes vom Glück begünstigt war. Jetzt hat man beim Brunnenbohren wieder neue Goldadern gefunden. Die Bohrungen werden jetzt fortgesetzt, und es ist eine Aktiengesellschaft zur Ausnutzung der Goldlager gegründet worden.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

P. S. Sobald ein Vertrag notariell abgeschlossen ist, muß die amtliche Stempelgebühr bezahlt werden, auch wenn Sie in zwei Tagen wieder zurücktreten. Hinsichtlich der Umsatzsteuer ist unter diesen Umständen ein gänzlicher oder teilweiser Erlaß der Gebühren auf Antrag möglich, vielmehr wahrscheinlich.

O. S. Ihrer standesamtlichen und kirchlichen Eheschließung im hiesigen Teilgebiet steht auch nicht das geringste Hindernis im Wege.

W. G. O. Eine derartige Fachzeitschrift gibt es nach unserer Kenntnis weder im ehemals preußischen Teilgebiet noch im Freistaat Danzig.

B. K. 50. Wie oft sollen wir wiederholen, daß wir Anfragen, denen kein Bezugsschein beiliegt, nicht beantworten? Weshalb hüllen Sie sich obendrein noch in Anonymität?

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	4. August	5. August
4proz. Präm.-Staatsanl. (Miljonówka)	155 + A	—,—
Kwilecki, Potocki i Ska.	330—335 + A	320 + N
Bank Przemysłowców	200 + A	200—195 + N
Polski Bank Handlowy, Poznań	340—345 + N	340—345 + N
Pozn. Bank Ziemian I.—IV. Em.	185 + N	188 +
Wielkopolski Bank Rolniczy	180 +	—,—
Browar Krotoszyński	1320 + N	—,—
H. Cegielski I.—VIII. Em.	330-345-340 + N	350—380 + N
Hurtownia Drogeryjna	150 + A	—,—
Herzfeld-Viktorius	400 + A	390 + N
Juno	360 +	360 +
Luban, Fabr. przetw. ziemn.	—,—	3600 + N
Dr. Roman May	960 + A	950—960 + N
Papiernia, Bydgoszcz	460 + N	200 + N
Pozn. Spółka Drzewna IV. Em.	—,—	665 +
„ „ V. Em.	—,—	640 + A
Sarmatia I.—II. Em.	—,—	465 + A
Słoma	325 +	—,—
Bentzki I. Em.	570-575-560 + A	540 + N
Waggon Ostrowo	205 + N	210 + N
Zjedn. Browary Grodziskie	—,—	215 + A

Auszahlung Berlin 890—885. Umsatz: 4 750 000 dtsch. Mk.
A = Angebot, N = Nachfrage, + = Umsatz.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 7. August 1922.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Roggenmehl 70 % (inkl. Säcke)	25 000—26 500	Weizenkleie	9 400
		Roggenkleie	10 000

Des Landarbeiterstreiks wegen fehlt der Roggenumsatz; Nachfrage nach Roggenmehl. — Abwartende Stimmung.

= **Danziger Börse** vom 7. August. Polnische Mark 11,30 Dollar 760.

Verantwortlich: für Politik: J. V. Theodor Kania; für Kunst, Wissenschaft und Handel: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: B. Sikorski. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.